

VI.

**Der griechische Fremdenprozeß
im Licht der neueren Inschriftenfunde.**

Von

Herrn Professor Dr. **H. F. Hitzig**

in Zürich.

Der griechische Fremdenprozeß ist schon mehrmals, meist im Zusammenhang mit der Erklärung einzelner griechischer Inschriften, untersucht worden; man hat auch bereits die Ergebnisse, zu denen man dabei gelangte, verwertet zur Abklärung von Problemen des römischen Zivilprozesses. In den letzten Jahren hat sich das Quellenmaterial, besonders durch Inschriftenfunde, derart vermehrt, daß heute wohl eine neue Untersuchung gewagt werden darf, auch auf die — in solchen Dingen immer unvermeidliche — Gefahr hin, daß in allernächster Zeit wiederum neue Funde ein anderes Bild zeigen sollten.

Das Problem des Fremdenprozesses möchte ich in zwei Fragen oder Fragengruppen zerlegen; es ist zu reden von den Fremdengerichten (der Fremde als Partei im Inland) und von den fremden Gerichten (der Fremde als Richter im Inland); diese zwei Dinge sind nicht immer hinlänglich deutlich getrennt worden.¹⁾ Bezüglich der ersten Frage ist zunächst von der Stellung der Fremden überhaupt und von den verschiedenen Arten der Fremden zu reden (I), dann von der gesetzlichen Regelung des Prozesses der Metoiken (II) und der übrigen Fremden (III), und schließlich von dem vertraglich (durch Staatsverträge) geregelten Prozeß (IV). Bezüglich der zweiten Frage sind zu trennen: der Fall, wo ein Gemeinwesen

¹⁾ Daran ist z. T. die griechische Bezeichnung *ξενικὸν δικαστήριον* schuld.

für interne Streitigkeiten ausländische Richter beruft (V), und der andere Fall, wo zwei unter sich streitende Gemeinwesen Richter aus einem dritten Gemeinwesen zuziehen (VI).

Im folgenden werden die Inschriften nach den *Inscriptiones Graecae*¹⁾ (I. G.) und nach Dittenbergers *Syllloge inscriptionum Graecarum* (Ditt.) zitiert; Inschriften, die in diesen Sammlungen nicht enthalten sind, zitiere ich nach den Griechischen Dialektinschriften (G. D. I.) oder nach Michels *Recueil* (Mich.) oder nach Dittenbergers *Orientis Graeci inscriptiones selectae* (Ditt. Or.); die Inschriften von Magnesia am Maiander (herausgegeben von O. Kern) und von Priene (herausgegeben von Hiller von Gaertringen) werden einfach mit den Städtenamen bezeichnet.

I. Rechtliche Stellung der Fremden überhaupt.

Unterscheidung von *μέτοικοι* und *ξένοι*.

1. Das griechische Recht ist wie andere Rechte ausgegangen vom Prinzip der Rechtlosigkeit des Fremden; der Fremde steht als Nichtbürger außerhalb der staatlichen Ordnung, er hat im besonderen keinen Zutritt zu Recht und Gericht, *δίκη οὐ δίδοται*. Der Fremde ist ein Gast, den zu pflegen der einheimische Bürger rechtlich nicht verpflichtet ist; der Fremde steht unter dem Schutz der Götter (*Ζεὺς ξένιος*) und unter dem Schutz des Gastfreundes, sei dieser nun sein persönlicher oder ein vom heimatlichen Gemeinwesen erkorener Gastfreund (*ιδιώξενος, πρόξενος*). Über die rechtliche Stellung des Fremden orientieren am deutlichsten die Rechtshilfeverträge (s. u. IV), in denen durch Vertrag dem Fremden ein bestimmtes — ohne den Vertrag nicht vorhandenes — Maß von Rechtsschutz zugesichert wird.²⁾

Das Prinzip der Rechtlosigkeit ist nicht zähe fest-

¹⁾ Über das neue Einteilungsprinzip und die neue Zitierart vgl. Hiller v. Gaertringen, der Stand der griechischen Inschriftencorpora in *Klio* (Beitr. z. alt. Gesch.) IV (1904) S. 252 ff. —

²⁾ Vgl. über den Ausgangspunkt und Werdegang dieser Entwicklung meine *Altgriech. Staatsverträge über Rechtshilfe* (1907) bes. S. 37 ff.

gehalten worden; es scheint rascher als anderwärts Einschränkungen erfahren zu haben; namentlich an den großen Kultstätten und Handelsplätzen¹⁾, wo nicht nur ein zahlreiches fluktuierendes Publikum, sondern auch — besonders in den Kreisen der Gewerbetreibenden — eine stattliche niedergelassene Fremden-Bevölkerung in Betracht kam, konnte die Rechtlosigkeit der Fremden auf die Dauer nicht ertragen werden; gerade an diesen Orten finden sich die ersten Anfänge des Fremdenrechts: Einrichtung besonderer Behörden zum Schutz — und wohl auch zur Überwachung — der Fremden²⁾, Zulassung der Fremden zu Kulthandlungen³⁾, zu Handel und Verkehr⁴⁾, zu Recht und Gericht⁵⁾, zur Anteilnahme an Zuwendungen, die der Gemeinde gemacht werden; auf der anderen Seite auch Heranziehung der Fremden, besonders der niedergelassenen, zu Leistungen mannigfacher Art.⁶⁾

2. Die Nichtbürger, *ξένοι* im weiteren Sinn, werden in Athen eingeteilt in *μέτοικοι* (*ξένοι μέτοικοι*) und *ξένοι* im engeren Sinne (*παντάπασιν ξένοι*)⁷⁾; die Unterscheidung findet sich nicht nur in Attika; die Metoiken heißen außerhalb

¹⁾ Vgl. hierüber auch die Ausführungen bei Plato, Ges. XII 952 D. — ²⁾ Nicht nur besondere richterliche Behörden, s. u. II u. III, sondern auch Behörden, denen allgemein die Sorge für die Fremden aufgetragen wird; so begegnen besondere *ἐπιμεληταὶ τῶν ξένων* mit einem *γραμματεὺς* in Rhodos (IG. XII, 1, n. 49.) und wohl auch in Amyklai (C. I. Gr. 1338 = G. D. I. n. 4520); *προξένοι* als inländische Beamte (im Gegensatz zu den unten Kap. III a. E. erwähnten *προξένοι* der Heimat des Fremden) in Sparta, Olympia, Korkyra, Delphi, s. die Zusammenstellung bei Wilamowitz im Hermes XXII, S. 251, Anm. 4. — ³⁾ Vgl. die Urkunden bei Ditt. Syll. n. 484 (Delphi), 589 (Oropos), 602 (Jasos), 627 (Milet); besonders interessant ist, daß Fremde zur Opferhandlung zugelassen werden unter der Voraussetzung, daß ein Bürger „voropfert“ (*προθύειν*); dieser wird bald frei gewählt von dem Fremden, bald muß es der von der Heimatgemeinde bestellte Proxenos sein. Vgl. auch die Kolonieordnung von Naupaktos § 1 (Rec. d. inscr. jur. grecq. I S. 181 ff.). — ⁴⁾ Hier sei besonders auf die Unterscheidung des *ξενικόν* und *δοτικόν ἐμπόριον* bei Bekk. anecd. graec. 208 aufmerksam gemacht und auf die Erörterungen bei Plato Ges. XII 952 D. — ⁵⁾ S. u. II—IV. — ⁶⁾ Vgl. Gilbert, Hdb. d. griech. Staatsaltertümer II S. 295. — ⁷⁾ Die Gegenüberstellung *ξένος μέτοικος* — *παντάπασιν ξένος* bei Plato Ges. IX 866 C.

Attikas bald wiederum μέτοικοι (Rhodos, Iasos, Amorgos), bald πάροικοι (Karpachos, Pergamon, Thespiiai, Teos, Ilion, Priene) oder σύνοικοι (Delphi).¹⁾ Die Unterscheidung ist von erheblicher rechtlicher Bedeutung.²⁾

Neben dieser Unterscheidung läuft eine zweite einher: die Fremden, ξένοι, werden eingeteilt in κατοικοῦντες und παρεπιδημοῦντες, die ersteren wohnen im Inland (ἐνοικεῖν)³⁾, die andern sind nur vorübergehend ortsanwesend, die κατοικοῦντες sind — um technische Ausdrücke der schweizerischen Gesetzgebung zu verwenden — Niedergelassene⁴⁾, die παρεπιδημοῦντες sind Aufenthaltler. Die Unterscheidung hat mehr tatsächliche als rechtliche Bedeutung. Der κατοικῶν kann sowohl ein ξένος im engeren Sinne als ein μέτοικος sein.⁵⁾ So erklärt es sich, daß gelegentlich dem Bürger (πολίτης, ἀστός) drei Arten von Fremden gegenübergestellt werden: 1) μέτοικοι oder πάροικοι, 2) κατοικοῦντες und 3) παρεπιδημοῦντες ξένοι.⁶⁾ Die Unterscheidung ergibt sich überall von selbst, wo das Wohnen mit der Absicht des dauernden Verbleibens den Fremden nicht ohne weiteres zum Metoiken macht, vielmehr ein besonderer Anmeldungs- und Aufnahmeakt⁷⁾ oder wenigstens eine längere gesetzlich fixierte Dauer der Anwesenheit⁸⁾ gefordert wird. Zu den

¹⁾ Vgl. z. B. Ditt. n. 270, 329, 485, 522, Rec. inscr. jurid. I S. 318 (Schuldvertrag aus Arkesine), Ditt. Or. n. 338, I. G. XII 5 n. 74, Insch. Priene n. 109. 112. 113. — ²⁾ S. u. 3 und betr. des Fremdenprozesses II u. III. — ³⁾ Vgl. die Gegenüberstellung bei Plato Ges. IX 879 D: ξένου — πάλαι ἐνοικοῦντος — νεήλυδος ἀφιγμένον. — ⁴⁾ So wird die Bezeichnung παρεπιδημία besonders häufig verwendet für die zu einer vorübergehenden Funktion aus dem Ausland berufenen Richter δικασταὶ μεταπεμμετοί (s. u. V) und für die von Ort zu Ort reisenden Kaufleute (παρεπιδημεῖν κατ' ἐμπορίαν.). — ⁵⁾ Vgl. z. B. die Ausdrucksweise κατοικοῦντες μέτοικοι in der amorginischen Schuldurkunde, Rec. inscr. jur. grecq. I S. 316 ff. — ⁶⁾ Einfache Zweiteilung (κατοικοῦντες — παρεπιδημοῦντες) etwa: Ditt. Or. n. 339, C. I. Gr. 2286 o. G. D. I. n. 4520; Dreiteilung (πάροικοι, κατοικοῦντες, παρεπιδημοῦντες): Priene n. 112. 113. — ⁷⁾ Register der Metoiken werden in Attika erwähnt, vgl. Clerc, les métèques Athéniens S. 249 ff.; ebenso begegnen Register (ἀπογραφαὶ παροίκων) in Pergamon Ditt. Or. n. 338 und dazu jetzt die Listen der Neubürger des Jahres 133 v. Chr. (in Pergamon) in Athen. Mitteil. XXVII S. 106 ff. — ⁸⁾ Eine Fixierung der Zeitdauer findet sich nur im Vertrag zwischen Chaleion und Oianthea IG. IX 1 n. 333 (= IGA n. 322 = Mich. n. 3)

κατοικοῦντες scheinen besonders auch die Freigelassenen (ἀπελεύθεροι) zu gehören, die mehrmals ganz deutlich von den μέτοικοι oder πάροικοι getrennt werden¹⁾; es finden sich namentlich auch Fälle, wo Freigelassene durch die Freilassung zunächst einfache ξένοι werden und erst später durch einen weiteren Rechtsakt zu μέτοικοι befördert werden.²⁾

3. Die rechtliche Behandlung der μέτοικοι³⁾ und ξένοι im engeren Sinne ist eine verschiedene. Im folgenden wird von der verschiedenen Behandlung in bezug auf Recht und Gericht gesprochen; es wird sich dabei ergeben, daß die Behandlung der Metoiken derjenigen des Bürgers angenähert wird. Betrachtungen über den Grund der Verschiedenheit finden sich bei Plato, der in den Gesetzen mehrfach eine verschiedene Behandlung des πολίτης, μέτοικος, ξένος fordert. Da wo gelegentlich der ξένος mit einer leichteren Strafe oder einem bloßen Tadel davonkommt, während der Metoike schwerer bestraft wird, begegnet die Motivierung, daß der Metoike den Gesetzen nicht gehorcht habe⁴⁾; an einer anderen Stelle, wo der Bürger strenger bestraft wird als der ξένος, wird dies darauf zurückgeführt, daß dem Bürger das normgemäße Verhalten von Jugend auf durch Lehre und Beispiel eingeschränkt worden sei, während bei dem Fremden eher noch Verzeihung angebracht und Belehrung möglich ist.⁵⁾ — Eine besonders wichtige Differenzierung (Sonder-

der Chaleier, der mehr als einen Monat in Oianthea wohnt (μετοικεῖ), soll ἐπιδαμία δίκην χοῆσθαι; vgl. u. S. 224.

¹⁾ Vgl. Ditt. n. 329 (Ephesos), 522 (Keos), Ditt. Or. n. 338 (Pergamon), IG. XII 3 Suppl. n. 1294 (Thera), Inschr. Priene n. 108, 258. — ²⁾ Vgl. die Beförderung von ἀπελεύθεροι zu πάροικοι in Pergamon (Ditt. Or. n. 338) und namentlich die rhodische Inschrift (IG. XII 1 n. 383), wo bei einem Freigelassenen (bisher Gemeindesklave) unterschieden wird: μέτοικος ἑλευθερωθεὶς ὑπὸ τᾶς πόλεως καὶ ξενωθεὶς ὑπὸ τᾶς βουλᾶς καὶ τοῦ δάμου, καὶ χορηγῆσας δὲς. Ob mit der Stellung des Freigelassenen nach der Freilassung das Institut der ξενικῇ λύσει zusammenhängt, wage ich nicht zu entscheiden. — ³⁾ Über die Stellung der Metoiken in Athen s. namentlich Wilamowitz in Hermes Bd. XXII und Clerc, les métèques Athéniens 1893; über die Stellung der Fremden überhaupt s. Francotte, condition des étrangers dans les cités grecques (1903). —

⁴⁾ Plato, Ges. IX 880 C. — ⁵⁾ Plato, Ges. IX 854 D. E., vgl. 938 B.

stellung der μέτοικοι) zeigt sich auch darin, daß bei Verpflichtungsgeschäften die Städte neben dem Vermögen ihrer Bürger auch das Vermögen der κατοικοῦντες μέτοικοι verpfänden (Pfändungsrecht einräumen)¹⁾; in Parallele dazu steht die Erscheinung, daß Fremden, die im Wege besonderer Individualkonzession zum Erwerb von Grundbesitz zugelassen werden (Verleihung der ἐγκτησις), ausdrücklich die Zusicherung erteilt wird, ihr Vermögen werde für Schulden des zulassenden Gemeinwesens nicht in Anspruch genommen werden; sie riskieren eine Pfändung nur dann, wenn sie in eigener Person Schuldner sind (πρὸς ἴδιον συμβόλαιον, πρὸς ἴδιον χρέος).²⁾

4. Besondere Grundsätze über die rechtliche Behandlung der Fremden (Durchbrechungen des Prinzips der Rechtlosigkeit) können in genereller³⁾ Weise aufgestellt werden entweder durch die eigene Gesetzgebung des inländischen Gemeinwesens oder durch Verträge zwischen mehreren Gemeinwesen. Das Gemeinwesen kann einen besonderen Fremdenprozeß regeln, dem alle Prozesse von Fremden, woher immer der Fremde stammt, unterstellt sind; der Fremde hat hier keinen Anspruch auf Einhaltung und Beibehaltung dieses Fremdenrechts. Es kommt aber auch vor, daß mehrere Gemeinwesen Rechtshilfe-Verträge abschließen, so daß sich je das eine Gemeinwesen vertraglich verpflichtet,

¹⁾ So in den Urkunden über die Darlehen des Praxikles und des Alexandros an die Stadt Arkesine, vgl. Rec. inscr. jur. grecq. I S. 312 ff. und dazu neuerdings Delamarre, revue de philol. XXVIII S. 81 ff.; zur Frage der Heranziehung der Metoiken besonders: Szanto, Wiener Studien VII S. 232 ff., bes. 234 (= Szanto, ausgewählte Abhandlungen S. 14), Wilhelm im Hermes XLII S. 330 ff. — ²⁾ In einer von A. Wilhelm a. a. O. besprochenen Inschrift aus Delos (publiziert zuerst Bull. corr. hell. XXVIII S. 138 u. 281) machen die Delier in bezug auf den Grundbesitz und die eingebrachten Sachen (ὅσα . . . ἂν ἐγκτήσῃται ἢ εἰσαγάγῃται) dem Begünstigten die Zusicherung: μὴ εἶναι τούτων τῶν χρημάτων ἐνεχυροσίαν μηδὲ τῶν πρὸς τὴν πόλιν συνηλλαχότων μηδὲ εἰάν τις ὕστερον συναλλάξῃ εἰάν τις ἰδίᾳ συμβάλῃ πρὸς —

³⁾ Von der Verleihung besonderer Vergünstigung an Einzelpersonen im Wege der constitutio personalis ist hier nicht die Rede, vgl. über die dabei in Betracht kommende Institution der Proxenie neuerdings etwa Francotte, condit. des étrangers dans les cités grecques (1903) S. 1 ff.

den Angehörigen des anderen Gemeinwesens ein bestimmtes Maß von Rechtsschutz zu gewähren. Das griechische Recht kennt beide Wege; während es für die *Metoiken* den ersteren Weg beschritten hat, hat es sich für die *ξένοι* im weiteren Sinn mit dem zweiten beholfen, ohne freilich auf die Benutzung des ersten völlig zu verzichten. Auch Übergänge zwischen den beiden Ordnungen (Gesetz, Staatsvertrag) kommen vor, namentlich in der Weise, daß der Staatsvertrag dieselben Behörden als kompetent bezeichnet, die in dem einen und anderen Gemeinwesen ohnehin von Gesetzes wegen mit dem Fremdenprozeß überhaupt betraut sind.¹⁾

Leider tritt die Unterscheidung zwischen den beiden Arten der Regelung des Fremdenprozesses in den Quellen nicht immer deutlich hervor; unsere Hauptquellen (Inschriften und Redner) sind so geartet, daß wir in den hier begegnenden konkreten Fällen häufig nur feststellen können, daß vor einem einheimischen Gericht ein Fremder prozessiert, ohne daß zu ermitteln wäre, warum der Fremde zugelassen wird, ob auf Grund einer allgemeinen, den Fremdenprozeß regelnden gesetzlichen Norm des inländischen Gemeinwesens oder auf Grund eines Staatsvertrags, den das inländische Gemeinwesen mit dem Heimatstaat des Prozeßführers abgeschlossen hat.

II. Gesetzliche Regelung des *Metoiken*prozesses.

Über die gesetzliche Regelung des *Metoiken*prozesses (im Gegensatz zum Bürgerprozeß sowohl wie zum übrigen Fremdenprozeß) sind wir nur in bezug auf das attische Recht genauer unterrichtet, für welches Aristoteles' *πολιτεία Ἀθηναίων* zum Teil neue²⁾ Aufschlüsse gebracht hat. Für das außerattische Gebiet kommen nur spärliche Berichte in Betracht aus Aigina, Chaleion und Oianthea,

¹⁾ Vgl. hierüber meine Ausführungen in den altgriechischen Staatsverträgen über Rechtshilfe (1907) S. 45. — ²⁾ Das wichtigste Novum, daß wir diesem Funde verdanken, ist die Nachricht, daß vor den Polemarchen nicht schlechthin alle Prozesse der Nichtbürger gehörten, sondern nur diejenigen der *μέτοικοι*, *ισοτελεῖς* und *πρόξενοι* (58, 2).

Kos. Für eine ganze Reihe weiterer Gemeinwesen, für die sich „Fremdenprozesse“ und „Fremdenrichter“ nachweisen lassen¹⁾, bleibt die Frage offen, ob dort neben diesem „Fremdenprozeß“ noch ein besonderer *Metoikenprozeß* existierte oder ob der letztere im ersteren eingeschlossen war. — Die nachfolgenden Untersuchungen müssen sich bei diesem Stand des Quellenmaterials wesentlich auf das attische Recht (A) beschränken; es sollen dabei vier Fragen getrennt werden: Gerichtsverfassung, Vertretung der *Metoiken*, Verfahren, materielle Rechtsanwendung.

A. Athen.

1. *Gerichtsverfassung*. Als Gerichtsvorstand im *Metoikenprozeß* erscheint der *Polemarch*²⁾, dessen ursprüngliche Funktion als Kriegsherr noch in der Sorge für die im Kriege Gefallenen (Leitung von Wettspielen zu ihren Ehren, Fürsorge für die Hinterbliebenen) erscheint; er soll im allgemeinen für die *Metoiken* dasselbe sein, was der *Archon* (*ἄρχων ἐπώνυμος*) für die Bürger ist (*ὅσα τοῖς πολίταις ὁ ἄρχων, ταῦτα τοῖς μετοίκους ὁ πολέμαρχος*). Wie der *Archon*, so ist auch der *Polemarch* nicht zu eigener Entscheidung durch Urteil berufen, er ist nur Gerichtsvorstand, *ἡγεμὼν δικαστηρίου*. In bezug auf die Privatklagen (*δίκαι*) ist zwischen dem Regelfall und einigen Ausnahmefällen zu unterscheiden. Regelmäßig wird der Prozeß bei dem *Polemarchen* anhängig gemacht (*δίκαι λαγχάνονται πρὸς αὐτόν*); der *Polemarch* gibt den Prozeß weiter an die Vierzigmänner, und zwar an eine der zehn *Phylen*-Sektionen dieses Kollegiums, die durch das Los bestimmt wird. Diese *Phylenrichter* (*οἱ τὴν φυλὴν δικάζοντες*) ihrerseits geben den Prozeß weiter ab an die öffentlichen *Diaiteten*. Soweit der Bericht des *Aristoteles*.³⁾ Man wird hinzufügen müssen, daß, wenn sich die Parteien bei dem Spruch des öffentlichen Schiedsrichters nicht beruhigen, dann die *Phylenrichter* den Prozeß vor ein *heliastisches* Gericht bringen (*εἰσάγειν*), in

¹⁾ S. u. Kap. III. — ²⁾ Vgl. jetzt bes. *Aristoteles*, *πολιτεία Ἀθηναίων* Kap. 58. — ³⁾ Hauptstelle: *δεῖ τοῦτον (τὸν πολέμαρχον) λαβόντα καὶ διανέμοντα δέκα μέρη τὸ λαχὼν ἐκάστη τῇ φυλῇ μέρος προσθεῖναι, τοὺς δὲ τὴν φυλὴν δικάζοντας τοῖς διαιτηταῖς ἀποδοῦναι*.

dem sie den Vorsitz führen;¹⁾ ausnahmsweise soll das *εἰσάγειν* von dem Polemarchen selbst ausgehen: bei den Klagen *ἀποστασίον* und *ἀρχοστασίον* und bei Erbschafts- und Erbtochterstreitigkeiten.²⁾

Vergleicht man diese Ordnung mit dem Bürgerprozeß, so ergibt sich das Resultat, daß im Metroikenprozeß jede Klage zunächst bei dem Sondermagistrat der *μέτοικοι* (Polemarch) anzubringen ist, gleichviel ob dieser im Endresultat selbst einführt (*εἰσάγει*) oder anderen Magistraten das Einführen überläßt; die Phylenrichter werden im Metroikenprozeß nur tätig infolge einer Überweisung von seiten des Polemarchen.³⁾ Weiter ergibt sich, daß da, wo die Phylenrichter beschäftigt sind, die kompetente Sektion im Bürgerprozeß ohne weiteres mit der Person des Beklagten gegeben ist (die Richter seiner Phyle), während im Metroikenprozeß die Phylensektion ausgelost wird.⁴⁾ Diese Losung wiederum ist so gedacht, daß in einem bestimmten Zeitpunkt eine größere Zahl von Prozessen bei dem Polemarchen anhängig gemacht sind, die nun von ihm derart verteilt werden (*διανέμειν*), daß jeder Phylensektion ein gleiches Maß von Metroikenprozessen zugelost wird.

Diese ganze Ordnung legt m. E. die Annahme nahe, daß diese Bestimmungen nur gelten sollen für den Fall, wo der Metroike in der Parteistellung des Beklagten sich befindet⁵⁾, einerlei ob der Kläger Bürger oder Nichtbürger ist; da, wo der Metroike als Kläger gegen einen Bürger auftritt, müssen die ordentlichen Gerichte kompetent sein, da doch nicht durch die Metroikeneigenschaft des Klägers dem beklagten Bürger der Vorzug der Beurteilung durch Richter

¹⁾ Vgl. Aristot. a. a. O. Kap. 53. — ²⁾ In den beiden letzten Fällen hier handelt es sich, wie Lipsius (Att. Recht und Rechtsverfahren I. S. 65) mit Recht bemerkt, meist um Fälle, in denen beide Parteien dem Metroikenstande angehören. — ³⁾ Vgl. Arist. Kap. 53. — ⁴⁾ Das im Bürgerprozeß geltende Prinzip (Richter der Phyle des Beklagten) kann nicht befolgt werden, da der Metroike zu keiner Phyle gehört. Die entgegengesetzte Ansicht von Wilamowitz ist mit dem Text des Aristoteles (58, 2) nur vereinbar, wenn man den Worten Zwang antut; das geschieht, wenn man mit Kaibel und Kiessling übersetzt: „nach der Kreiszugehörigkeit der Parteien“. — ⁵⁾ So auch Lipsius. das attische Recht und Rechtsverfahren (1905) I S. 65 Anm. 49.

der eigenen Phyle (Arist. 53, 2) genommen werden darf. Der Ausdruck *δίκαι μετοίκους γιγνόμεναι* kann sprachlich nicht nur bedeuten alle Prozesse „die einen Metroiken an-gehen“, sondern ebensowohl auch enger: Prozesse „die einem Metroiken gemacht werden“, also gegen einen Metroiken gehen. In allen konkreten Beispielen der Redner, die uns einen Metroiken als Partei und den Polemarchen als Gerichtsvorstand zeigen, befindet sich der Metroike in der Parteilstellung des Beklagten.

2. Prozeßfähigkeit des Metroiken. Eine besonders bestrittene Frage ist die, ob der Metroike im Prozeß selbst handelnd auftritt oder ob er eines Vertreters oder Beistands (*προστάτης*) bedarf. Während man früher, gestützt auf allgemeine Formulierungen der Grammatiker¹⁾, annahm, daß der Metroike als Kläger wie als Beklagter im Prozeß der Mitwirkung eines *προστάτης* bedürfe, ist man heute geneigt²⁾, die Bedeutung des *προστάτης* überhaupt und besonders für den Prozeß geringer anzuschlagen. Aristoteles³⁾ erklärt in der Politik, daß die Rechte verschiedener Staaten dem *προστάτης* eine verschiedene Bedeutung zuweisen, es gebe Gemeinwesen, bei denen der Metroike nicht vollständig *τελέως* Anteil habe an der Rechtspflege; vielerorts sei vielmehr nötig, daß der Metroike einen *προστάτης* habe (*πολλαχού ανάγκη νέμειν προστάτην*). In den Gerichtsreden der attischen Redner, die Metroiken als Prozeßparteien zeigen, wird der *προστάτης* nirgends erwähnt, sodaß angenommen werden darf, die Zuziehung sei in Athen nicht erforderlich oder doch nur eine leere Formalität gewesen.⁴⁾ Für das außerattische Gebiet käme Herondas' *Πορνοβόσκος* (Mimiamb. II)⁵⁾ in Betracht: hier klagt — in Kos — ein Metroike, der Bordellwirt Battaros, gegen Thales, einen durchreisenden Kaufmann (*ξένος παρεπιδημῶν*) wegen *αἰκία*; in der Rede wird an drei Stellen (10, 15, 40) ein *προστάτης* erwähnt;

¹⁾ Poll. VIII 35, Lex. Seguer. 201, 12, Harpokr. u. *ἀπροστασίον*. — ²⁾ S. bes. Clerc, les métèques Athéniens S. 260 ff. — ³⁾ Pol. 1275^a 7. — ⁴⁾ S. Meier-Schömann-Lipsius, attischer Prozeß (II) S. 753 Anm. 19; zu den dort erwähnten Reden in Metroikenprozessen kommt jetzt noch Hypereides' Rede gegen Athenogenes hinzu. — ⁵⁾ Vgl. Crusius, Untersuchungen zu den Mimiamben des Herondas (1892) S. 31.

leider sind die ersten zwei Stellen so lückenhaft, daß sich nicht ermitteln läßt, ob der *προστάτης* ein Beistand des Klägers oder ein Magistrat ist; das letztere ist wahrscheinlicher.

Da die Metroikenprozesse der Redner uns den Metroiken in der Parteirolle des Beklagten zeigen, bleibt die Frage offen, ob nicht dann, wenn der Metroike als Kläger auftrat, die Zuziehung des *προστάτης*, wenigstens für den Akt der Klageerhebung, erforderlich war; begreifen ließe sich dies namentlich mit Rücksicht auf die den Kläger treffende Prozeßgefahr (*παρακαταβολή*)¹⁾, der *προστάτης* erschiene dann als Bürge des Klägers, wie er auch gelegentlich als *ἐγγυητής* bezeichnet wird.²⁾

3. Das Verfahren in Metroikenprozessen scheint sich vom Verfahren im Bürgerprozeß nicht zu unterscheiden.³⁾ Die Notwendigkeit, den Streit vor der richterlichen Entscheidung dem öffentlichen Schiedsrichter vorzulegen, besteht, wie sich aus Aristoteles (57, 2) jetzt mit Sicherheit ergibt, auch für den Metroikenprozeß. Auch die Ladung (*πρόσκλησις*) des Beklagten vollzieht sich in derselben Weise wie beim Bürgerprozeß. — Eine besondere prozessualische Situation ergibt sich, wenn der Beklagte, als Metroike vor den Polemarchen geladen, geltend machte, er sei gar kein Metroike und daher nicht verpflichtet, vor dem Polemarchen Rede zu stehen. Auf einen solchen Fall bezieht sich Lysias' Rede gegen Pankleon.⁴⁾ Der Redner belangte den Pankleon, lud ihn zunächst vor den Polemarchen und weiter, da der Geladene behauptete, Bürger zu sein, vor die Phylenrichter der von Pankleon angegebenen Phyle; da spätere Nachforschungen ergaben, daß die Behauptungen des Beklagten

¹⁾ Vgl. Meier-Schömann, Lipsius attischer Prozeß (II) S. 814 ff. — ²⁾ Vgl. Wilamowitz im Hermes Bd. XXII S. 232; umgekehrt wird übrigens *προστάτης* auch technisch für „Bürge“ verwendet, vgl. Inschrift aus Thespias in G. D. I. n. 802 und Rev. d. philol. XXII S. 359, Inschrift aus Theben Bull. corr. hell. XXII S. 271. — ³⁾ Dies gilt auch für die Vollstreckung des Urteils; die Pfändung gegen Metroiken s. o. S. 216. — ⁴⁾ Vgl. bes. Meier-Schömann-Lipsius att. Proz. II S. 841 ff., Wilamowitz, Aristoteles und Athen II S. 368 ff.; Thalheim, Art. *διαμαρτυρία* bei Pauly-Wissowa.

unrichtig waren und daß der Beklagte selbst in früheren Prozessen mit Erfolg vor dem Polemarchen als *Metoike* belangt worden war, leitete der Kläger die Klage beim Polemarchen ein (5: *πρὸς τὸν πολέμαρχον αὐτῷ τὴν δίκην ἔλαχον*); der Beklagte antwortete mit der Einrede, *ἀντιγράφωτο μὴ εἰσαγωγίμων εἶναι τὴν δίκην*; die Erhebung dieser Einrede (einer *παραγραφή*) führt nun zu einer Vorverhandlung vor dem erkennenden Gericht¹⁾, in welcher der Kläger zuerst spricht und den Nachweis zu erbringen versucht von der Unrichtigkeit der beklagtischen Einwendung: *ὥς δοθῶς τὴν δίκην ἔλαχον τούτῳ οὐκ ὄντι Πλαταιῇ*. Der Hauptprozeß wird bis zur Entscheidung dieser Frage ausgesetzt. In einem früheren Prozeß hatte der vor dem Polemarchen beklagte Pankleon gegenüber dem damaligen Kläger Aristodikos denselben Einwand (daß er kein *Metoike* sei) erhoben; die prozessuale Behandlung war aber dort eine andere; sie vollzog sich nicht in der Form der Paragraphe, sondern in der Form der *Diamartyrie*: der Kläger stellte gegenüber der beklagtischen Einwendung sofort einen Zeugen auf, gegen den der Beklagte dann die Klage wegen falschen Zeugnisses anmeldete; hier trat eine Hemmung des Hauptprozesses nicht ein; für den Beklagten erwuchs nur die Möglichkeit, mit Durchführung des Falschzeugnisprozesses das Urteil nichtig erklären zu lassen; von dieser Möglichkeit machte Pankleon gegenüber Aristodikos keinen Gebrauch, er beruhigte sich vielmehr dabei, daß er verurteilt sei.²⁾

4. Materielle Rechtsanwendung. In bezug auf das anzuwendende materielle Recht wird gemeinhin gelehrt³⁾, daß die *lex fori* gegolten habe: der *Metoike* werde vom athenischen Gericht nach *athenischem* Recht beurteilt. Wir

¹⁾ Die Rede wird gehalten vor den *δικασταί*; der Redner trennt deutlich die Verhandlung über die *παραγραφή* von der Verhandlung über die Hauptsache (§ 10: *τῆς τε ἀντιγραφῆς ἔνθα ταυτησί καὶ αὐτῆς τῆς δίκης*). — ²⁾ § 13: *ἀμφισβητῶν μὴ πρὸς τὸν πολέμαρχον εἶναι οἱ τὰς δίκας διεμαρτυρήθη μὴ Πλαταιεὺς εἶναι, ἐπισκηπόμενος δὲ τῷ μάρτυρι οὐκ ἐπεξῆλθεν, ἀλλ' εἶπασε καταδικάσασθαι αὐτοῦ τὸν Ἀριστόδικον*. — ³⁾ Vgl. Thalheim, *Rechtaltertümer* 4. Aufl. S. 5 Anm. 4; Wilamowitz, im *Hermes* Bd. XXII S. 227: „in allen Fällen, wo *Metoiken* an den Rechtsschutz des Staates appellieren, fällen attische Geschworene das Urteil nach attischem Recht“.

besitzen ein einziges Quellenzeugnis, das sich über die Frage näher ausspricht, Isokrates' *Αἰγινήτικος* (XIX), wo folgender Rechtsfall erörtert ist: Thrasylochos aus Siphnos (auf der Insel Keos), kinderlos, wohnte als Metoike in Aigina; er hinterließ ein Testament, in dem er den Gatten seiner Schwester, den Sprecher der Rede (ebenfalls gebürtig aus Siphnos und Metoike in Aigina), adoptierte und zum Universalserben einsetzte. Gegen diesen Testamentserben trat eine Erbprätendentin auf, die ein Intestaterbrecht behauptete mit der Begründung, sie stamme aus einer Verbindung, die der Vater des Erblassers (Thrasyllon) mit ihrer Mutter unterhalten habe vor seiner Verheiratung mit der Mutter des Erblassers Thrasylochos. Entgegen dieser Behauptung macht der Sprecher geltend, daß seine Einsetzung formell und materiell ordnungsmäßig erfolgt sei und daß der Gegnerin kein Erbrecht zustehe, da sie keine eheliche Tochter des Thrasyllon sei. Um die Begründetheit des eigenen Rechtes darzutun, zitiert der Redner (c. 12 ff.) nach Verlesung des Testaments nach einander a) das Gesetz von Aigina (*νόμος Αἰγινήτων*) als das Recht des Ortes der Testamentserrichtung und des Wohnorts des Erblassers und des Testamentserben, b) das Gesetz von Siphnos auf Keos (*Κέων νόμος, Σιφνίων νόμος*) als das Recht des Heimatorts des Erblassers und des Testamentserben und c) das Gesetz eines dritten ungenannten Gemeinwesens als das Recht, das bei der beklagten Partei gilt (*ὁ παρ' αὐτοῖς κείμενος νόμος*). Das Recht von Aigina wird dabei bezeichnet als das Recht, nach dessen Bestimmungen das Testament errichtet werden mußte, weil der Erblasser und der Testamentserbe dort Metoiken waren, und als das Recht, das bei den Richtern gilt, das Gesetz von Siphnos (Heimatrecht) als der *νόμος, καθ' ὃν ἐπολιτενόμεθα*. Der Redner konstatiert nach einer Verlesung der Gesetze, daß nach allen drei Gesetzen seine Ansprüche begründet, die der Gegnerin unbegründet seien (§ 15), die zur Entscheidung stehende Rechtsfrage werde in allen griechischen Gesetzen, so sehr diese in anderen Fragen divergieren, in gleicher Weise beantwortet (§§ 50, 51). Das Eingehen auf die verschiedenen Rechte, deren Anwendung überhaupt in Frage kommen kann, spricht nicht dafür, daß die Frage der

Rechtsanwendung in dem Sinn der Anwendung des aigine-tischen Rechts liquid erschien.

Auch eine andere Stelle, auf die man verwiesen hat, ergibt durchaus kein sicheres Resultat: die Bestimmung in dem Vertrag zwischen Chaleion und Oianthea¹⁾, daß dem Chaleier, der länger als einen Monat in Oianthea wohnt (*μετοικεῖ*), die *ἐπιδάμια δίκη* zustehen soll (*ταῖ ἐπιδάμιαι δίκαι χρέεστο*). Damit²⁾ soll negativ gesagt sein, daß solche Fremde nicht mehr dem Fremdenprozeß unterstehen, sondern als *μέτοικοι* einem einheimischen Verfahren, wie es auch für die Bürger gilt.

B. Übrige griechische Gemeinwesen.

Bereits bei der Besprechung des attischen Rechts wurde darauf verwiesen, daß Metroikenprozesse sich nachweisen lassen für Amorgos, Aigina, Chaleion-Oianthea, Kos; wir erfahren aber nur von der Existenz solcher Prozesse, aber nichts von ihrer näheren Ausgestaltung.

Von anderen Gemeinwesen, die Fremdengerichte erwähnen, steht nicht fest, ob sie zwischen Metroiken und übrigen Fremden scheiden und ob der Fremdenprozeß auch für die Metroiken gilt.

Die Polemarchen kehren in einer großen Zahl anderer Gemeinwesen wieder³⁾, sie finden sich besonders häufig — in der Zweizahl oder Dreizahl — in boiotischen und thessalischen Städten; hier sind sie Kriegs- und Exekutivbeamte (besonders für Eintreibung von Forderungen der Gemeinde); von einer besonderen Beziehung ihrer Tätigkeit zum Fremdenprozeß verlautet dabei nichts. Nur in zwei Inschriften ver-

¹⁾ IG. IX 1 n. 333 = I. G. A. n. 322 = Mich. n. 3. — ²⁾ Der Ausdruck *ἐπιδάμιος δίκη* ist zu vergleichen mit der *ἀορία* (Gegensatz *ξενεία*) *δίκη* der kretischen Inschriften s. u.; über die Verwendung des Wortes *ἐπιδάμιος* zur Bezeichnung von Metroiken oder sonst privilegierten Nichtbürgern vgl. Th. Reinach, rev. des étud. grecq. XVI S. 186; die dort in der Anmerkung zitierte Abhandlung von Clerc in der Revue des universités du Midi ist mir nicht zugänglich. — ³⁾ Vgl. die Übersicht bei Gilbert, Handbuch der griech. Staatsaltertümer II S. 329 ff.; Wilamowitz, Aristoteles und Athen II S. 43 ff.; für das inschriftliche Material s. die Zusammenstellung bei Dittenberger u. *πολέμαρχος* und dazu etwa noch G. D. I. n. 1145. 1615. 4680, C. I. Gr. 2245.

mag ich einen solchen Hinweis zu finden. In Magnesia am Maiander¹⁾ sollen nach dem Antrag einer Kommission neue Bestimmungen, die sich auch auf *ξένοι κατοικοῦντες* beziehen, in den *νόμος πολεμαρχικός* (Instruktion dieses Beamten) aufgenommen werden; in Paros²⁾ wird ein Polemarch geehrt, der sein Amt sowohl gegenüber Bürgern als gegenüber niedergelassenen Fremden³⁾ gerecht und den Gesetzen gemäß verwaltet hat.

III. Prozesse der *ξένοι* im engeren Sinn.

Von der prozeßrechtlichen Behandlung der *μέτοικοι* ist diejenige der *ξένοι* im engeren Sinn zu unterscheiden; als *ξένοι* kommen dabei zwar nicht ausschließlich, aber doch in erster Linie die *ξένοι παρεπιδημοῦντες*, s. o. I, 2, in Betracht.

Eine verschiedenartige Behandlung des Niedergelassenen und des bloß vorübergehend Anwesenden ist nicht auffällig. Der Niedergelassene bleibt im Land, mit seiner Person und seiner Habe, man kennt seinen Wohnort; der Gast dagegen hat im Land kein „bleibend Quartier“, er strebt weiter, deswegen soll ihm, wenn er überhaupt zu einem Prozeßverfahren zugelassen wird, ein rasches Verfahren eröffnet werden und ebenso soll es denjenigen, die gegen ihn Ansprüche erheben wollen, ermöglicht werden, diese Ansprüche zu realisieren, so lange der Fremde noch da ist und man seiner und seines Gutes habhaft werden kann. Dabei kommen sowohl Ansprüche aus Kontrakten, wie aus Delikten in Betracht. Es ist schon oben betont worden, daß namentlich an Kultstätten und Handelsplätzen⁴⁾ solche Ordnungen des

¹⁾ Inschriften von Magnesia n. 14. — ²⁾ I. G. XII 5 n. 282. —

³⁾ Der Herausgeber ergänzt: *καὶ πρὸς τοὺς παροικοῦντας ξένους*; der Polemarch erscheint in Paros, wie in Athen, in der Einzahl. —

⁴⁾ Plato, Gesetze XII 952D unterscheidet vier Arten von *ξένοι*: a) die Geschäftsleute, die zur Sommerszeit *χρηματισμοῦ χάριν ἐμπορεύονται*; b) die Schaulustigen, die der Heiligtümer und Feste wegen erscheinen; c) die offiziellen Abgesandten fremder Staaten; d) Beobachter, die im Alter von mindestens fünfzig Jahren in andere Städte reisen, um neue Einrichtungen kennen zu lernen. In Bezug auf die zwei ersten spricht er auch von Prozessen; für die Handelsleute, die in Märkten und in Häfen und in öffentlichen Gebäuden außerhalb der Stadt aber bei der Stadt aufgenommen werden, werden besondere Behörden ein-

Fremdenprozesses begegnen; besonders in bezug auf die Handelsklagen mußte auch die Erwägung der Reziprozität eine Rolle spielen und es ist sehr wohl möglich, daß gerade hier auch ohne besondere Gesetze und Staatsverträge sich gewohnheitsrechtlich gleichartige Normen des Verkehrs bei den einzelnen am Handel beteiligten Gemeinwesen entwickelten.

Eine deutliche Abhebung des Metroikenprozesses vom Prozeß der *ξένοι* vermögen wir nur in Athen zu beobachten; bei anderen Gemeinwesen bleibt es fraglich, ob die bei ihnen auftretenden Fremden-Institutionen auch den Metroikenprozeß — über den besondere Nachrichten fehlen — umfassen. Es empfiehlt sich daher, zunächst (A.) nur das attische Recht (1—4) zu untersuchen und erst nachher die zerstreuten Nachrichten über die Einrichtungen anderer Gemeinwesen zu sammeln. (B.) Dabei soll überall zunächst nur von den für alle Fremden berechneten gesetzlichen Bestimmungen gesprochen werden¹⁾; über den besonderen Fall der Regelung durch Staatsverträge s. u. IV.

A. Athen.

1. Gerichtsverfassung. Das attische Recht enthält besondere Bestimmungen für den Metroikenprozeß (s. II) und für den Prozeß der Vertragsfremden (s. IV); für beide war die Gerichtsverfassung verschieden geregelt, beidemale abweichend vom Bürgerprozeß. An besonderen Bestimmungen für die übrigen Fremden fehlt es; nur der eine Satz scheint überall vorausgesetzt zu sein: daß der im Inland delinquierende Fremde vor den inländischen Richter gestellt werden kann.²⁾

gesetzt, denen die notwendigsten Prozesse zugewiesen werden; die Schaulustigen werden den Priestern unterstellt, die bis zum Betrage von fünfzig Drachmen Geldstrafen verhängen, wenn ein Fremder Unrecht tut oder von einem anderen erleidet; schwerere Fälle sollen von den *ἀγοράνομοι* entschieden werden.

¹⁾ Auch Aristoteles zählt in der Politik (1300^b) unter den acht Gerichtshöfen (*δικαστήγια*) als siebentes das Fremdengericht (*περὶ τοῦ ξενικοῦ*) auf, von dem er erst zwei Arten unterscheidet: Prozesse unter Fremden, Prozesse zwischen Fremden und Bürgern. — ²⁾ Darauf weisen die Bestimmungen über das *κατεγγυᾶν πρὸς πολέμαρχον* (s. 2) hin; auch sonst wird dies vorausgesetzt; mit der eben erwähnten Bemerkung des Plato über die

Besonderes gilt nun aber für die Handelsklagen (*δίκαι ἐμπορικαί*). Diese sind frühzeitig von den übrigen Zivilklagen abgetrennt und besonderen Gerichtsbehörden zugewiesen worden. Diese *δίκαι ἐμπορικαί*¹⁾ waren zuerst den Nautodiken, dann den Thesmotheten unterstellt; beide Behörden fungieren wie andere Gerichtsbehörden nicht als Richter, sondern besorgen nur die Instruktion und Einführung (*εἰσάγειν εἰς δικαστήριον*). Als solche Handelssachen gelten Streitigkeiten der *ναύκληροι* und *ἐμποροὶ* aus Schuld-Verträgen, für die Athen entweder Erfüllungsort oder Abschlußort ist (*τῶν Ἀθήναζε ἢ Ἀθήνηθεν συμβολαίων*), und aus *συγγραφαί*.²⁾ Für diese Klagen gelten auch bezüglich des Verfahrens einige Besonderheiten s. u. 3.

Zu diesen *δίκαι ἐμπορικαί* werden nicht nur Bürger, sondern auch Fremde zugelassen; in den Reden des Demosthenes³⁾ berufen sich fremde Kaufleute auf diese Gesetze. Wahrscheinlich handelt es sich bei diesen *νόμοι ἐμπορικοί* — wenigstens soweit der Seeverkehr in Betracht kommt — um

Bestrafung der Fremden durch Priester und Agoranomen ist die oropische Tempelordnung (Ditt. n. 589) zu vergleichen, wo der Priester, wenn der *ξένος* im Tempel delinquent, eine Strafe bis zum Betrag von fünf Drachmen verhängt und dem Fehlbaren Pfänder abnimmt; wenn der *ξένος* im Tempel verletzt wird, kann der Priester bis zu drei Drachmen strafen, in schwereren Fällen sollen die nach den Gesetzen kompetenten Gerichte entscheiden. — Auch in dem Vertrag zwischen Sardes und Ephesos (Ditt. Or. n. 437) ist vorausgesetzt, daß der Angehörige eines dritten Gemeinwesens, der in einer der beiden kontrahierenden Städte delinquent, am Tatort abgeurteilt wird.

¹⁾ Vgl. aus der neueren Literatur: Beauchet, *droit privé de la rép. Athén.* IV S. 82 ff., Thalheim, *Art. ἐμπορικαί δίκαι* bei Pauly-Wissowa; Lipsius, *Att. Recht und Rechtsverfahren* I (1905) S. 86 ff.; vgl. auch die Fälle bei Herondas, *Mimiamb.* II (oben S. 220) und bei Aristoph. *Vögel* 1046 ff. — ²⁾ Deutlich werden die *συμβόλαια Ἀθήναζε ἢ Ἀθήνηθεν* von den *συγγραφαί* getrennt bei Demosth. g. Zenothemis XXXII 1; da die *συμβόλαια* selbst nicht notwendig schriftlich sein müssen, wird mit den *συγγραφαί* eine zweite Kategorie von Verträgen erörtert, für welche die Schriftlichkeit wesentlich ist, die aber ihrem Inhalt nach nicht direkt ein Handelsgeschäft darstellen müssen. Verschiedene Ansichten über die Frage hat Beauchet a. a. O. zusammengestellt. — ³⁾ In Betracht kommen namentlich die Reden XXXII (gegen Zenothemis), XXXIII (gegen Apaturos), XXXIV (gegen Phormio), XXXV (gegen Lakritos), LVI (gegen Dionysiodor).

gemeingriechische Rechtssätze; in der Rede des Demosthenes gegen Dionysiodor¹⁾ geht der Redner davon aus, daß — unter denselben Parteien — wenn der Erfüllungsort Athen, athenische Gerichte, wenn Rhodos, rhodische Gerichte kompetent seien; in einem anderen Streitfall haben die beiden Parteien, die jetzt in Athen prozessieren, sich vorher einer Entscheidung der Behörden von Kephallenia unterworfen; der Athenische Gläubiger hatte einen besonderen Vertreter zu der Verhandlung gesandt.²⁾

Zur Zeit des Demosthenes macht es für die Gerichtsorganisation keinen Unterschied, ob die Parteien in den *δίκαι ἐμπορικαί* Bürger oder Fremde sind; die Gerichtsvorstandschaft haben in einem und im anderen Fall die Thesmotheten; im fünften Jahrhundert wurde noch unterschieden; während unter Bürgern die Nautodiken (s. o) kompetent waren, erschien in den Prozessen gegen Fremde der Polemarch³⁾; es war wohl ein gesetzgeberischer Akt, der im vierten Jahrhundert die *δίκαι ἐμπορικαί*⁴⁾ neu regelte und dabei sowohl die Gerichtsvorstandschaft allgemein den Thesmotheten übertrug als auch das Verfahren (s. 3) neu regelte.

Für die *δίκαι ἐμπορικαί* waren besondere Monate vorgesehen, die Wintermonate Boedromion bis Munychion⁵⁾; mit Beginn der Sommerszeit sollten die Fremden ihre Reise antreten können (*ἵνα παραχρῆμα τῶν δικαίων τυγχόντες ἀνάγωνται*); wenn gelegentlich diese Monate schlechthin als Monate für die *ξενικαὶ δίκαι* bezeichnet werden⁶⁾, so ist dies nur ein weiterer Beweis dafür, daß für die Handelsklagen besonders Fremde als Parteien in Betracht kamen.

¹⁾ Demosth. gg. Dionysiodor (LVI) bes. S. 47 — ²⁾ Demosth. g. Zenothemis (XXXII) §§ 8 ff. — ³⁾ Volksbeschluß für Phaselis I. G. II 1 (= C. I. A. II) N. 11 = Ditt. N. 72; hier wird der Polemarch zuständig erklärt, wenn Phaseliten in Athen belangt werden aus Schuldverträgen, die sie dort abgeschlossen haben, *ὅ τι ἂν μὲν Ἀθήνησι συμβόλαιον γένηται πρὸς Φασηλιτῶν τινα, Ἀθήνησι τὰς δίκας γίνεσθαι παρὰ τῷ πολεμάρχῳ*; daß zur Zeit des Demosthenes der Polemarch diese Kompetenz nicht mehr hat, ergibt sich deutlich aus Demosth. g. Lakritos (XXXV) § 48. — ⁴⁾ Demosth. g. Apatur. (XXXIII) § 1, g. Phormio (XXXIV) § 45. — ⁵⁾ Demosth. g. Apatur. (XXXIII) § 23. — ⁶⁾ Aristophanes, Vögel 1047. 1478, vgl. mit den Scholien.

2. Prozeßfähigkeit der ξένοι. Vertretung und Verbeiständung. Soweit nach Maßgabe des unter 1 Gesagten ξένοι zu Prozessen zugelassen werden, bedürfen sie eines besonderen Vertreters oder Beistands nicht; in den Reden des Demosthenes ist von einer solchen Persönlichkeit nirgends die Rede. Möglich ist, daß die Heimatstadt des fremden Kaufmanns in Athen einen Athener zu ihrem Proxenos (s. u. S. 234) ernannt hat; aber auch in diesem Fall ist eine Mitwirkung dieses Proxenos nicht notwendig, so wenig wie umgekehrt die bloße Existenz eines Proxenos den Angehörigen des ernennenden Gemeinwesens eine Prozeßfähigkeit¹⁾ am Heimatort des Proxenos verschafft.²⁾ Aus der Ernennung des Proxenos ergeben sich zunächst nur Rechte und Pflichten zwischen dem ernennenden Gemeinwesen und dem Ernannten.³⁾

3. Das Verfahren. Hier sind die allgemeinen Bestimmungen über die Handelsklagen, die auch für die ξένοι ἐμποροὶ gelten, zu trennen von den Sonderbestimmungen, die nur für die ξένοι in Betracht kommen.

Die Handelsklagen sind ausgezeichnet durch die Beschleunigung des Verfahrens und durch eine besonders strenge Haftung der Prozeßparteien. Die Beschleunigung äußert sich darin, daß die δίκαι ἐμπορικαὶ unter die Monatsklagen (δίκαι ἐμμηνοὶ)⁴⁾ aufgenommen sind und daß die sonst in Privatprozessen obligatorische Vorverhandlung vor dem öffentlichen Schiedsrichter wegfällt.⁵⁾ Die Schärfe liegt darin, daß der Verurteilte bis zur Zahlung in Haft genommen

¹⁾ In Fällen, wo sie nicht aus anderen Gründen (δίκαι ἐμπορικαὶ) ohnehin schon gegeben ist. — ²⁾ Damit ist natürlich nicht bestritten, daß tatsächlich dem Fremden die Unterstützung durch einen von der Heimat ernannten Proxenos von großer Bedeutung sein konnte, vgl. etwa I. G. XII 5 n. 533. — ³⁾ Über die rechtliche Stellung der πρόξενοι als Fremder im ernennenden Gemeinwesen s. unten S. 234. — ⁴⁾ Vgl. Thalheim, Art. ἐμμηνοὶ δίκαι bei Pauly-Wissowa; auf die Kaufleute ist auch die Definition der δίκη ἐμμηρος im Lexikon Seguerianum (S. 237) zugeschnitten: ἐμμηροὶ διὰ τοῦ μὴ τριβεσθαι αὐτοὺς δικαζομένους καὶ ἀργεῖν τῆς ἀγορᾶς. — ⁵⁾ Bekk. anecd. I 310: οἱ διατηρηταὶ πᾶσαν δίκην δικάζουσι πλὴν τῶν ξενικῶν, verglichen mit den oben S. 228 Anm. 6 zitierten Stellen des Aristophanes.

werden kann¹⁾ und daß den Kläger eine besondere Prozeßgefahr²⁾ (*ἐπωβελία*, poena sextae partis) trifft.

Eine besondere Bestimmung des Fremdenprozesses bezieht sich auf das *κατεγγυᾶν πρὸς τὸν πολέμαρχον*³⁾: befindet sich der Fremde in der Parteirolle des Beklagten, so kann er vor den Polemarchen zitiert und dort zur Bürgenstellung⁴⁾ angehalten werden; stellt er die Bürgen nicht, so wird er in Haft genommen. Dieses Verfahren erscheint bei Handelsprozessen, aber nicht nur bei diesen, sondern namentlich auch da, wo der Fremde wegen eines Deliktes vom Verletzten verfolgt wird⁵⁾; in beiden Fällen sichert sich der Berechtigte gegen die Gefahr des Verschwindens des Verpflichteten (Personalarrest). Ursprünglich handelt es sich hier einfach um eine gegen den Fremden gerichtete Selbsthilfe; die Notwendigkeit, vor den Polemarchen zu gehen, wie das Freiwerden des Arrestierten gegen Bürgenstellung sind Erleichterungen des neueren Rechts. Leider sind wir über dieses Verfahren, sowohl in bezug auf seine Voraussetzungen als in bezug auf seine Durchführung nur mangelhaft unterrichtet; das Erscheinen vor dem Polemarchen wird bald als ein Vorladen (*προσκαλεῖν*)⁶⁾, bald als ein zwangsweises Vorführen (*ἐλκεῖν*)⁷⁾ geschildert; der Kläger mußte geltend machen, daß der Impetrat ein Fremder sei⁸⁾; eine eigentliche Prüfung des vom Kläger geltend gemachten Anspruchs (Existenz und Umfang) erfolgt vor dem Polemarchen nicht.

Im übrigen gelten für den Prozeß der Fremden vor dem

¹⁾ Demosth. g. Apaturos (XXXIII) 1 *τοῖς ἀδικοῦσι δεσμὸν ἔταξε τοῦπιτίμιον ἕως ἂν ἐκτίσωσιν οὗτις ἂν αὐτῶν καταγνωσθῇ*. — ²⁾ Demosth. g. Dionysiodor (LVI) 4 und g. Lakritos (XXXV) 46; Suid. u. *ἐπωβελία*. — ³⁾ Demosth. g. Zenothemis (XXXII) 29, Isokrat. Trapez. 12 u. 14, vgl. auch Demosth. g. Neair. (LIX) 49. — ⁴⁾ Das Eintreten des Bürgen, das den Verfolgten von der Gefahr der Haft befreit, wird als *διεγγυᾶσθαι* bezeichnet, Isokr. Trapez. 14. — ⁵⁾ Das *κατεγγυᾶν* gegen Protos (Demosth. g. Zenoth.) und gegen den Sprecher in Isokrates' Trapezitikos (c. 12) erfolgt unter der Beschuldigung eines Diebstahls; daß das Verfahren nicht nur bei handhafter Tat möglich war, ergibt sich aus diesen Stellen ohne weiteres. — ⁶⁾ Demosth. a. a. O. — ⁷⁾ Isokrates a. a. O. (c. 12). — ⁸⁾ Demosth. g. Neair. (LIX) 49: *κατηγήθη ὡς ξένη οὖσα πρὸς τῷ πολέμαρχῳ*.

Handelsgericht dieselben Vorschriften wie für alle anderen Prozesse; die demosthenischen Reden zeigen mehr als einmal eine gegen die Klage geltend gemachte *παραγραφή*, durch die der Beklagte die Inkompetenz des Gerichts behauptet, da die Voraussetzungen einer in Athen zu verhandelnden *δίκη ἐμπορικὴ*¹⁾ nicht gegeben seien; so will z. B. in der Rede gegen Phormio (XXXIV) der Schuldner die Inkompetenz des Gerichts daraus herleiten, daß der Schuldvertrag allerdings in Athen abgeschlossen sei, daß aber die Schuld durch eine in Bosporos erfolgte Zahlung an einen Vertreter der Gläubiger erloschen sei, es bestehe also kein *συμβόλαιον Ἀθήνησιν* mehr.

Auch ein Beispiel für eine prorogatio fori im Fremdenprozeß findet sich in den Quellen. In Isokrates' Trapezitikos streiten in Athen der Sprecher, ein *ξένος παρεπιδημῶν* aus Pontos und der Bankier Pasion, ein Metoike; nach verschiedenen gegenseitigen Vexationen kommen die Parteien überein (§ 19), daß der Bankier (Schuldner) mit dem Gläubiger in die Heimat des letzteren (Pontos) reisen soll und daß, wenn sie sich nicht inzwischen verständigen, Satyros in Pontos einen Schiedsspruch fällen soll. Pasion hält sein Wort nicht, statt seiner erscheint sein Angestellter Kittos, über dessen Status die Parteien gestritten haben (§ 51); Satyros weigert sich, ein Urteil zu fällen, weil die eine Partei nicht in Person erschienen und anscheinend auch nicht gewillt sei, sich einem gegen sie gefällten Urteil zu unterziehen (§ 52). — Unterhandlungen der Parteien über den Gerichtsstand finden sich auch in Demosthenes' Rede gegen Zenothemis.²⁾

Die *δίκη ἐμπορικὴ* kann auch durchgeführt werden, wenn eine gehörig geladene Partei nicht erschienen ist.³⁾

4. In bezug auf die materielle Rechtsanwendung erfahren wir nichts; wahrscheinlich stimmten in bezug auf die hauptsächlich in Betracht kommenden Vertragstypen die Rechtsnormen der verschiedenen griechischen Gemeinwesen überein.

¹⁾ S. oben S. 227 Anm. 2. — ²⁾ Demosth. g. Zenoth. (XXXII) §§ 18–20. — ³⁾ Vgl. Aristoph. Vögel 1454 ff.

B. Übrige griechische Gemeinwesen.

Die bisherigen Erörterungen bezogen sich auf das attische Recht. Im folgenden sollen die Nachrichten aus außerattischem Gebiet zusammengestellt werden; sie zeigen uns an mehreren Orten besondere Fremdengerichte; wir können uns aber von der Bedeutung dieser Gerichte kein sicheres Bild machen, da wir über den Bürgerprozeß dieser Gemeinden nichts wissen und auch nicht erfahren, ob neben dem Fremdenprozeß noch ein besonderer Metoikenprozeß existiert. Besondere Fremdengerichte werden für folgende Orte erwähnt:

a) Chaleion und Oianthea.¹⁾ Hier werden *ξενόδικαι* erwähnt, wahrscheinlich in der Zweizahl; wenn der *ξένος* als Kläger auftritt, soll er *ἐπομόται* wählen, fünfzehn, wenn der Streitwert eine Mine oder mehr beträgt, neun, wenn²⁾ der Streitwert kleiner ist als eine Mine. Seinen persönlichen Gastfreund (*ιδιόξενος*) oder den offiziellen Gastfreund (*πρόξενος*) seines heimatlichen Gemeinwesens (am Klagort) darf er nicht zum *ἐπομότης* wählen. Da diese Bestimmungen zusammenzuhängen scheinen mit anderen Bestimmungen auf derselben Tafel, die sich zweifellos auf den vertraglich geregelten Fremdenprozeß beziehen, so dürften auch die Anordnungen über die *ξενόδικαι* und die Auswahl der *ἐπομόται* dorthin gehören (s. u. IV).³⁾ Es würde dann die Frage offen bleiben, ob die *ξενόδικαι* auch in dem nicht vertraglich geregelten Fremdenprozeß eine Rolle spielten und — wenn ja — ob auch dort ein Wahlrecht

¹⁾ IG. IX 1 n. 333 = I. G. A. n. 322 = Mich. n. 3. Zeit: fünftes Jahrhundert v. Chr. Aus der Literatur zu der Inschrift besonders Ed. Meyer, Forschungen z. alt. Gesch. I S. 307 ff.; Dareste, Revue des études grecques II S. 318 ff.; Meister, Ber. d. sächs. Ges. d. Wiss. phil. hist. Klasse, 1896, S. 19 ff.; H. F. Hitzig, altgriech. Staatsverträge über Rechtshilfe S. 13 ff., 45 ff., 68 ff. — ²⁾ Die Neunzahl der Richter begegnet auch in anderen Inschriften (Inscr. v. Olympia n. 25) im vertraglich geregelten Fremdenprozeß; ob irgend ein Zusammenhang mit dem griechischen Gericht der neun *δικασταί* mit ihrem *πρόεδρος* in den Papyri (P. Petr. III N. 21, vgl. Arch. f. Pap. Forschung III S. 514) vorliegt? — ³⁾ Vgl. meine zitierte Abhandlung; ich stütze mich namentlich darauf, daß auch in einem anderen Rechtsvertrag (zwischen Gortyn und Lato) diese klägerische Richterwahl erscheint.

des fremden Klägers bestand; das letztere ist an sich m. E. nicht wahrscheinlich.

b) Ein Sympolitievertrag zwischen Stiris und Medeon¹⁾ (in Phokis) zählt die Behörden (*ἀρχαί*) von Medeon auf und erwähnt hier zunächst: *ἄρχοντες, ξενοδίκαι, πρακτῆρες, δαμουργοί*²⁾; da im vorausgehenden von den *ἄρχοντες* bemerkt wird, daß sie *δίκας δικάζοντι* und daß sie *κλαρώσι τὰ δικαστήρια, ἃ κα δέη κλαρώειν*, so wird dadurch wahrscheinlich gemacht, daß auch die *ξενοδίκαι* nicht allein entscheiden, sondern einen Gerichtshof (Geschworene) neben sich haben.

c) In Troizen³⁾ werden *ξενοδίκαι* erwähnt in einem Vertrag zwischen Athen und Troizen; die Urkunde handelt nur von Delikten.

d) In Gortyn (Kreta) erscheint eine besondere Fremdenbehörde mit dem Namen *ξένιος κόσμος*; dieser Beamte (immer in der Einzahl) gehört zum Kollegium der *κόσμοι*. Die *κόσμοι* sind die ersten Beamten der Stadt⁴⁾ und werden mit Recht mit den athenischen Archonten verglichen; der *ξένιος κόσμος* wird besonders mit Prozessen⁵⁾ der Freigelassenen in Verbindung gebracht und spielt auch eine Rolle bei der Aufhebung der Adoption.⁶⁾ Während sonst im Bürgerprozeß die *κόσμοι* die Entscheidung in der Regel⁷⁾ einem *δικαστής* überlassen, dem dann ein *μνάμων*⁸⁾ beigeordnet wird, hat der *ξένιος κόσμος* seinen eigenen *μνάμων*; dadurch wird wahrscheinlich gemacht, daß der *ξένιος κόσμος* selbst richterliche Funktionen ausübt, ohne Verweisung an einen *δικαστής*. Der Prozeß vor dem *ξένιος κόσμος* wird als *ξενεία δίκη* bezeichnet; Nichtbürgern, die auf dieses Verfahren angewiesen

¹⁾ Ditt. n. 426 = G. D. I. n. 1539 = Mich. n. 24; Zeit: Anfang des II. Jahrhunderts v. Chr. — ²⁾ Gegenüberstellung von *ξενοδίκαι* und *δαμουργοί* auch im Vertrag zwischen Chaleion und Oianthea. — ³⁾ IG. II 5 (= C. I. A. IV 2) n. 135 e; Zeit: um 350 v. Chr.; näheres über den Inhalt der Inschrift in meiner (oben S. 232 n. 1) zitierten Abhandlung S. 11 u. 12. — ⁴⁾ In Gortyn wie in anderen kretischen Städten, vgl. die Ausführungen der Herausgeber des Recueil d. inscript. jurid. grecq. I S. 429 ff. und Deiters, de reb. Cretensium titulis publicis quaest. epigraph. (1904) S. 45 ff. — ⁵⁾ G. D. I. n. 4982 = Recueil I S. 403. — ⁶⁾ Große Inschrift von Gortyn (G. D. I. n. 4991 XI 15 (§ 67)). — ⁷⁾ Nur einmal erscheint das Kollegium der *κόσμοι* selbst als Gericht in der großen Inschrift (§ 54). — ⁸⁾ Vgl. über diesen Recueil a. a. O. S. 431.

sind, kann als besonderes Privileg die *ἀστία δίκη* verliehen werden.¹⁾ In dem Vertrag zwischen Gortyn und Rhizen (fünftes Jahrhundert)²⁾, wo auch eine *ξενεία δίκη* erwähnt wird, kommt es, soweit man sieht, zu einem eigenartigen Tätigwerden des [*ξένιος*?] *κόσμος* des einen Gemeinwesens im Gebiet und gegen die Angehörigen des anderen Gemeinwesens.³⁾

(5.) Über den *νόμος πολεμαρχικός* in Magnesia s. o. S. 225.

Nicht in diesen Zusammenhang gehört das *ξενικὸν δικαστήριον* im sog. Notstandsgesetz von Ephesos.⁴⁾

Im vorausgehenden ist festgestellt, wie sich generell nach den Bestimmungen der inländischen Gesetzgebung die rechtliche Stellung des Fremden (*μέτοικος, ξένος*) gestaltet.

Es ist möglich, daß durch Individualkonzession ein Gemeinwesen einem Fremden besondere Vergünstigungen, auch in bezug auf Recht und Gericht, verleiht, ohne ihn damit des Bürgerrechts teilhaftig zu machen. Solche privilegierte Fremde begegnen in den Quellen mehrmals; den Hauptfall bildet der Fall der Proxenie.⁵⁾ Wenn ein Gemeinwesen (a) zum Schutz seiner in einem anderen Gemeinwesen (b) wohnenden Bürger einen Bürger dieses zweiten Gemeinwesens (b) zum *πρόξενος* macht, so kann es gleichzeitig diesem *πρόξενος* für den Fall, wo er in das ernennende Gemeinwesen (a) kommt, eine Rechtsstellung zusichern, die besser ist als diejenige, die ihm sonst, als einem einfachen *ξένος παρεπιδημῶν*, dort zukäme. In Athen wird

¹⁾ G. D. I. n. 4983, vgl. 4976. — ²⁾ G. D. I. n. 4985 (= Recueil II S. 319 ff.) und dazu meine oben zitierte Abhandlung S. 25 ff.; zu der dort angeführten Literatur vergleiche noch Deiters (s. o. S. 233 Anm. 4) S. 46. —

³⁾ Eine besondere Ordnung der Handelssachen zeigt die große Inschrift von Gortyn (G. D. I. n. 4991) in Kol. X a. E.: Abstufung der Zahl der zulässigen Zeugen nach dem Streitwert. Ein besonderes Marktgericht der *ἐπὶ κατ' ἀγοράν* in Gortyn G. D. I. n. 5011. — ⁴⁾ Die Inschrift findet sich — mit Kommentar — im Recueil d. inscript. jurid. grecq. I S. 30 ff. und bei Ditt. N. 510. — ⁵⁾ Vgl. jetzt namentlich Francotte in der oben S. 216 N. 3 zitierten Schrift; das erste Kapitel handelt von der Proxenie.

der *πρόξενος* in bezug auf die Gerichtsvorstandschaft des Polemarchen dem *μέτοικος* gleichgestellt¹⁾; in einzelnen attischen Proxeniedikreten wird dem Proxenos ausdrücklich zugesichert, daß ihm, in Athen, wenn ihm Unrecht zugefügt werde, *δίκας εἶναι πρὸς τὸν πολέμαρχον*²⁾; weiter findet sich die Zusicherung der Befreiung von Gerichtsgeldern (*πρὸς τανεία*)³⁾ und, namentlich in delphischen Dekreten, die Einräumung der *Prodikia*.⁴⁾⁵⁾

IV. Regelung des Fremdenprozesses durch Staatsverträge (Rechtshilfeverträge, *σύμβολα*).

Zwei Gemeinwesen können in einem Staatsvertrag Bestimmungen treffen über die rechtliche Behandlung der Angehörigen des einen Gemeinwesens im anderen Gemeinwesen; solche Verträge, Rechtshilfeverträge, werden in den Quellen *σύμβολα* oder *συμβολαί* genannt, die Prozesse, die auf Grund solcher Verträge geführt werden: *δίκαι ἀπὸ συμβόλων*.

Über diese Verträge habe ich mich vor kurzem an anderer Stelle⁶⁾ eingehend ausgesprochen; ich kann hier auf das dort Gesagte verweisen. Da die Überschrift des hier stehenden Aufsatzes die Bedeutung der neueren Inschriftenfunde hervorhebt, möchte ich hier nur feststellen, daß in neuerer Zeit unser Material namentlich durch folgende wichtige Urkunden bereichert worden ist:

a. Vertrag zwischen Gortyn und Lato, erstmalig publiziert Bull. corr. hell. XXVII S. 219ff.

b. Vertrag zwischen Priene und Maroneia, erstmalig publiziert in den Inschriften von Priene n. 10.

¹⁾ Aristot. *Ἀθ. πολ.* 58 2. — ²⁾ Vgl. Francotte, a. a. O. S. 6 und Lipsius, attisches Recht und Rechtsverfahren I. S. 55 N. 49. — ³⁾ CIA. IV 1 n. 551. — ⁴⁾ Näheres in meiner (unten n. 6) zitierten Abhandlung S. 49ff. — ⁵⁾ Erwähnt sei noch, daß vielfach in Rechtsverträgen (s. u. IV) die Stellung des Vertragsfremden dahin präzisiert wird: sie sollen — generell — dieselbe Rechtsstellung kraft des Vertrages haben, wie sie sonst durch individuelle Verleihung einem *πρόξενος* zuerkannt werde. — ⁶⁾ H. F. Hitzig, altgriechische Staatsverträge über Rechtshilfe, 1907 (aus der Zürcher Festgabe für Ferdinand Regelsberger S. 1–70).

c. Vertrag zwischen Priene und Milet, ebenda. n. 28.

Diese neuen Urkunden ergeben im besonderen, daß in solchen Rechtsverträgen die Zuziehung eines fremden Gerichts aus einem dritten Gemeinwesen keineswegs üblich ist¹⁾; die Prozesse der Vertragsfremden werden vielmehr vor ordentliche Gerichte des Klageorts gebracht, höchstens mit der Besonderheit, daß dem fremden Kläger ein Wahlrecht in bezug auf die Zusammensetzung des Gerichtshofs eingeräumt wird.²⁾

Ein anderes neues Resultat ergibt die Vergleichung der Rechtsverträge mit den sog. Asylieverträgen; es zeigt sich, daß der durch Staatsverträge gewährleistete Rechtsschutz des Fremden zunächst nur — negativ — eine Sicherung gegen Gewalt und Selbsthilfe ist und daß die ältesten Klagen des Fremden Klagen auf Rückerstattung des widerrechtlich Weggenommenen — also eine eigentliche recuperatio — oder Ersatz sind.³⁾ — In bezug auf alles übrige verweise ich auf das an anderer Stelle Gesagte.

V. Berufung auswärtiger Richter zur Entscheidung inländischer Streitigkeiten.

1. Häufig, und durch das ganze griechische Rechtsgebiet verbreitet findet sich die Erscheinung, daß ein Gemeinwesen zur Entscheidung interner Streitigkeiten sich Richter von einem anderen Gemeinwesen erbittet und erhält (*δικασταί*

¹⁾ Das hatte man bisher namentlich deswegen angenommen, weil man die Bestimmungen des Vertrages von Hierapytna und Prianos (G. D. I. n. 5040) auf Streitigkeiten unter den Angehörigen der beiden Städte bezog; sie beziehen sich aber auf Streitigkeiten der Städte selbst s. meine Abhandlung S. 52 und auch unten S. 245. — ²⁾ Ein solches Wahlrecht war schon früher durch den Vertrag zwischen Oianthea und Chaleion (oben S. 232) nachgewiesen; jetzt begegnet es wiederum deutlich im Vertrag zwischen Gortyn und Lato (oben Text N. a). — ³⁾ Über die geschichtliche Entwicklung überhaupt s. meine Abhandlung S. 37–44; in der Aufzählung der Verträge (S. 1–31) habe ich übersehen den Vertrag der Boiotier mit Phokis (IG. IX 1 n. 98), wo auch *δικαιον δίδόναι καὶ λαμβάνειν* zugesichert wird.

μεταπεμπτοί). Die Streitigkeiten sind solche zwischen den Bürgern des berufenden Gemeinwesens, oder zwischen diesem selbst¹⁾ und einzelnen seiner Angehörigen. Die Heranziehung dieser fremden Gerichte erfolgt für eine größere Zahl von Prozessen und führt zu einer längeren Anwesenheit der fremden Richter im Inland (*ἀναστροφή, παρεπιδημία*).²⁾ Diese eigenartige Erscheinung ist an Hand des damals vorliegenden Quellenmaterials im Jahre 1883 von Erich Sonne³⁾ in seiner Göttinger Inauguraldissertation über die *arbitri externi* beschrieben worden; seither hat sich das inschriftliche Material wesentlich vermehrt, neuestens namentlich durch die Funde in Magnesia und Priene, und wenn nun auch zuzugeben ist, daß das Neue meist nur Wiederholung und Bestätigung von bereits Gekanntem darstellt, so können wir doch heute einige Fragen mit größerer Sicherheit und Präzision beantworten, als dies im Jahre 1883 möglich war.

2. Die äußere Veranlassung für die Zuziehung eines fremden Gerichts wird mehrmals ausdrücklich erwähnt: die Tatsache, daß viele Streitigkeiten unerledigt sind (*πολλῶν δικῶν οὐσῶν ἀδικάστων*), und daß Unordnung in den Besitz- und Schuldverhältnissen eingetreten sei (*κτῆσεις καὶ συναλλάγματα ἐν ταραχῇ καὶ διχοστασίᾳ*), so daß das Vertrauen zu den eigenen Gerichten des Landes erschüttert ist.⁴⁾ Die fremden Richter sollen die Streitigkeiten auf gutlichem Wege oder durch Urteil (s. u. S. 241) erledigen.⁵⁾ Die Streitigkeiten selbst sind meist privatrechtlicher Natur, *δίκαι ἴδιαι*, besonders Streitigkeiten aus Verträgen (*συμβόλαια*)⁶⁾;

¹⁾ Darauf ist jedenfalls die Gegenüberstellung von *συμβόλαια δημόσια καὶ ἰδιωτικά* zu beziehen; s. u. S. 240 (Kos) u. Inschr. v. Priene n. 8. — ²⁾ S. oben S. 214; vgl. Mich. n. 357, Inschr. v. Priene n. 61. —

³⁾ Ericus Sonne, de arbitris externis, quos Graeci adhibuerunt ad lites et intestinas et peregrinas componendas, quaestiones epigraphicae (1883). — ⁴⁾ Vgl. G. D. I. n. 5101 (Malla auf Kreta), Mich. n. 543 (Priene), IG. XII 2, n. 530 (Eresos), Bull. corr. hell. XXX (1906) S. 92 ff. (Karthäia). — ⁵⁾ Vgl. z. B. Mich. n. 468: ἀπέστειλεν δικαστὴν — ἐπὶ τῷ προσηγῆναι τῶν τε κρίσεων καὶ συλλύσεων. — ⁶⁾ IG. XII 2, n. 530, Mich. n. 409 u. 510, Bull. corr. hell. XXVIII S. 117 (*ἐπικριτὴς τῶν συμβολαίων*), XXX S. 92 ff. (*διακρίναι καὶ διαλύσαι τὰ συμβόλαια*) G. D. I. n. 5101.

es begegnen aber auch Strafprozesse, und zwar nicht nur privatdeliktischer, sondern auch öffentlichrechtlicher Natur.¹⁾ Die Zahl der zu erledigenden Prozesse ist immer eine größere²⁾, wahrscheinlich wurde von Anbeginn an den Richtern ein Verzeichnis der Pendenzen übergeben.³⁾

3. Der Hergang bei der Erbitung und Entsendung des Gerichts ist in der Regel folgender: Ein Gemeinwesen (a) bittet durch Gesandte ein anderes Gemeinwesen (b) um die Entsendung eines Gerichts (*δικαστήριον αἰτεῖν*); diesem Gesuch wird entsprochen (*δικαστὰς ἀποστέλλειν*); die Richter kommen zur Erfüllung der übernommenen Mission in das ersuchende Gemeinwesen; sie sind dort ein „Gericht aus der Fremde“ (*ξενικὸν δικαστήριον*⁴⁾), *δικασταὶ ἀπὸ ξένης*⁵⁾, *μεταπεμπτοί*.⁶⁾ Die Auswahl der Persönlichkeiten steht ganz bei dem aussendenden Gemeinwesen. Die Zahl der Richter ist in verschiedenen Fällen verschieden, neben der Einzahl⁷⁾ kommen namentlich die Dreizahl und die Fünzfahl vor; den Richtern wird ein Schreiber (*γραμματεὺς*)⁸⁾ beigegeben, daneben erscheint noch weitere Begleitung (*ἀκόλουθοι*)⁹⁾, unter der wohl Dienerschaft zu verstehen ist.

In der Regel werden die Richter aus einem Gemeinwesen erbeten; es kommen aber auch gemischte *ξενικά δικαστήρια* vor, etwa so, daß für ein Dreiergericht zwei Mitglieder aus dem Gemeinwesen x requiriert werden und eines aus dem Gemeinwesen y¹⁰⁾, oder so, daß gleichzeitig aus drei Gemeinwesen je drei Richter zugezogen und zu einem

¹⁾ Inschriften von Priene n. 50 (*δίκη μηνύσεως*) und n. 44 (*δίκαι παρανόμων καὶ βιαιών*). — ²⁾ Den Richtern aus Jasos werden in Kalymnos 350 Prozesse zur Erledigung unterbreitet, Mich. n. 417 (= G. D. I. n. 3585). — ³⁾ Vgl. unten die *ἀπογραφεῖσαι δίκαι* bei Mich. n. 417. —

⁴⁾ Inschriften von Priene n. 59, hierher wohl auch das *ξενικὸν δικαστήριον* in Ephesos Ditt. n. 510 (mit Anm. 25 des Herausgebers). — ⁵⁾ IG. XII 5 N. 722. — ⁶⁾ Athen. Mitt. XXIV S. 411, Ditt. Or. n. 556, Mich. n. 357, CIGr. 2934b. — ⁷⁾ Es kommt vor, daß schon im Gesuch nicht schlechthin „ein Gericht“, sondern „ein Richter“ (Einzahl) gewünscht wird. — ⁸⁾ Mit einer einzigen Ausnahme immer in der Einzahl, vgl. Sonne a. a. O. S. 87. — ⁹⁾ Vgl. Ditt. Or. n. 487 und die dort zitierten Stellen. — ¹⁰⁾ Mich. n. 448 (G. D. I. n. 5101), (Richter aus Knossos und Lyttos in Malla).

Neunergericht verbunden werden.¹⁾ — Da wo überhaupt mehrere Richter das fremde Gericht bilden, kann einem der Richter eine präponderierende Stellung eingeräumt sein; dieser eine kann als *ἐπιστάτης* bezeichnet sein²⁾, die anderen Richter sind „mit ihm“ (*οἱ μετὰ τοῦ δεῖνα δικάσται*).³⁾ Bei Gemeinwesen, die besonders häufig in die Lage kamen, anderen Richter zu senden, finden sich besondere, ständige Einrichtungen für diesen Zweck.⁴⁾

Nach Erledigung ihrer Aufgaben kehren die Richter von dem Schauplatz ihrer Richtertätigkeit zurück in ihre Heimat⁵⁾; das Gemeinwesen, dem sie ihre Dienste geleistet haben, bereitet verschiedene Ehrungen⁶⁾ für die Richter und den Schreiber und deren Heimatstadt; diese Dank- und Ehrendekrete, zu denen in einzelnen Fällen noch korrespondierende Annahmedekrete des bedachten Gemeinwesens hinzutreten, sind unsere Hauptquelle für die Kenntnis der ganzen Einrichtung.

4. Mit der Tatsache, daß die fremden Richter gezwungen sind, längere Zeit im Inland sich aufzuhalten, hängt die Institution des *δικασταγωγός*⁷⁾ zusammen. Das Gemeinwesen, in dem die Richter tätig werden, bestellt ihnen aus seinen eigenen Angehörigen einen „Richterführer“, er holt sie, die Richter, in ihrer Heimat ab⁸⁾, begleitet sie und bemüht sich sonst um sie (*πρόσταν τῶν κατὰ τοῖς δικασταῖς*)⁹⁾. Der *δικασταγωγός* erscheint immer in der Einzahl. Nach

¹⁾ Inschr. von Priene n. 8 (je drei Richter aus Phokaia, Astypalaia und einer dritten Stadt). — ²⁾ Besonders häufig in rhodischen Inschriften vgl. z. B. IG. XII 5 n. 652, Mich. n. 479, Ditt. n. 453. — ³⁾ Inschr. von Magnesia n. 90. — ⁴⁾ Ditt. Or. n. 556 (mit den Bemerkungen des Herausgebers). — ⁵⁾ Mehrfach finden sich besondere Anordnungen über die Rückgeleitung (*ἀφῶδος*) der Richter; es soll für ihre persönliche Sicherheit (*ἀσφάλεια*) gesorgt sein; vgl. Mich. n. 457, Inschr. v. Priene n. 44, Inschr. v. Magnesia n. 97. — ⁶⁾ Vgl. über die einzelnen Arten der Ehrungen Sonne a. a. O. S. 90 ff. — ⁷⁾ Zusammenstellung von Inschriften bei Holleaux, bull. corr. hell. XIV S. 40 u. 41, und bei Thalheim, Art. *δικασταγωγός* bei Pauly-Wissowa; dazu Ditt. Or. n. 487 (Mylasa), Mich. n. 357 (Mytilene). — ⁸⁾ Er kann identisch sein mit dem Gesandten, der die Richter erbittet. IG. VII (= C. I. G. Sept. I) n. 4130. — ⁹⁾ So in dem Dekret von Mytilene bei Mich. n. 357 (= Cauer, del. 2431).

Beendigung der Arbeit wird er neben Richtern und Schreiber geehrt¹⁾; man hat daraus schließen wollen, daß es sich hier um *δικασταγωγοί* handle, die von den Richtern aus ihrer Heimat mitgebracht werden²⁾; zu dieser Annahme besteht keine Veranlassung; die Ehrungen, die dem *δικασταγωγός* widerfahren, sind nicht genau dieselben, die den Richtern und dem Schreiber erwiesen werden; der Vergleich der einzelnen Ehrungen zeigt, daß das bei den Fremden (Richter und Schreiber) erwähnte *ξενίζειν*³⁾ bei dem *δικασταγωγός* fehlt, eben weil er kein Fremder, sondern ein Bürger des beschließenden Gemeinwesens ist.

In drei noch nicht publizierten Urkunden aus Kos, über deren Inhalt mir Hr. Prof. R. Herzog in Tübingen in freundlichster Weise Aufschluß gibt⁴⁾, wird ein *δικασταγωγός* gelobt, weil er, als er in Kos seines Amtes waltete, *πᾶσαν κακοπαθίαν*⁵⁾ *καὶ ἐπιμέλειαν πεποιήται ποτικαρτερήσας καὶ τῷ δικαστοφυλακίαι*⁶⁾ *ἐκτενῶς καὶ δικαίως ἀκολούθως τῶν ὄρκων ἕως οὗ διεξάχθῃ τὰ τε δαμόσια καὶ ἰδιωτικὰ συμβόλαια*. Dadurch wird wahrscheinlich gemacht, daß die Aufgabe der *δικασταγωγοί* auch darin bestand, die Richter möglichst isoliert zu halten und sie der Beeinflussung durch die Parteien und andere Interessenten zu entziehen; daß die Gefahr solcher Beeinflussung bestand, geht aus der Inschrift von Mylasa (Bull. corr. hell. V 101) hervor, wo Bürger in Anklage versetzt werden wegen Verderbung (Bestechung?) fremder Gerichte.⁷⁾

5. In bezug auf die Tätigkeit der Richter und das

¹⁾ Mich. n. 357. — ²⁾ Thalheim a. a. O. — ³⁾ Vgl. Mich. n. 357 Zeile 7 u. 12; ebensowenig zwingt zu der im Text verworfenen Unterscheidung die Beobachtung, daß Dedikationen vorkommen, an denen sich neben den Richtern, dem Schreiber und dem Gefolge auch der *δικασταγωγός* beteiligt (Ditt. Or. n. 487, Le Bas III 358 *); dies erklärt sich hinlänglich aus der Tatsache, daß der *δικασταγωγός* im Inland der ständige Begleiter und Cicerone des fremden *δικαστήριον* ist. — ⁴⁾ Voranzeige im Archäol. Anzeiger 1905 S. 11. — ⁵⁾ Zu diesem Wort vergleiche Ditt. n. 929 S. 775 Z. 31. — ⁶⁾ In einer Inschrift aus Magnesia (n. 93) werden *δικαστοφυλακήσαντες ἄνδρες* erwähnt; hier handelt es sich freilich um einen Streit zweier Gemeinwesen. — ⁷⁾ Bull. corr. hell. V S. 101 ff. erwähnt einen *ἐγδικος ὑπὸ τοῦ δήμου κατασταθείς κατὰ τῶν φθειράντων τὰ ξενικά δικαστήρια*.

bei ihnen beobachtete Verfahren unterscheiden die Inschriften zwischen dem *συλλύειν* einerseits und dem *δικάζειν*, *κρίνειν* *διὰ ψήφου* anderseits; dabei steht das *συλλύειν* durchaus im Vordergrund¹⁾, die stereotype Formel geht dahin, daß die Richter die Prozesse durch *συλλύειν*, einige auch durch Urteil erledigt haben. Das *συλλύειν* oder *διαλύειν* wird als energisches Zureden²⁾ (*πείθειν*) beschrieben: die widerstreitenden Parteien sollen dadurch veranlaßt werden *τὰ πρὸς αὐτοὺς μεθ' ὁμονοίας πολιτεύεσθαι*³⁾; die Schiedsrichter machen den Parteien eine *προθέσεις*⁴⁾; da, wo die Versöhnung ausbleibt und ein Urteil nötig wird, scheint noch eine besondere Aktion nötig zu sein, die als *εἰσάγειν εἰς δικαστήριον* bezeichnet wird⁵⁾; entsprechend ihrer Doppelfunktion werden die fremden Richter auch als *διαλλακτῆρες καὶ δικασταί*⁶⁾ bezeichnet. An anderen Orten⁷⁾ wird die Aufgabe der Richter als eine dreifache bezeichnet: 1) *τὰς μὲν πλείστας διέλυσαν πείσαντες τοὺς ἀντιδίκους*, 2) *τινὰς δὲ καὶ διαίτασαν συμφερόντως ἀμφοτέροις τοῖς ἀντιδίκους*, 3) *τινὰς δὲ . . . ἔκριναν διὰ ψήφου*. Worin dabei die *διαίτα* besteht, ist nicht genau ersichtlich; denkbar wäre — wenn auch mit dem Wortlaut des Dekrets von Kalymnos nicht leicht vereinbar — eine Verweisung der Parteien an Schiedsrichter,

¹⁾ In dem Dekret von Kalymna (Mich. 417) wird dies damit motiviert: wenn in der Mehrzahl der Prozesse ein Urteil ergehe, würden dadurch die vorhandenen Unruhen noch vermehrt: *ὅπως μὴ διὰ ψήφου τῶν πραγμάτων κρινομένων εἰς πλεονεξίαν ὁ δῆμος καθίσταται*. — ²⁾ S. Mich. n. 409 = Ditt. Or. n. 43 (Richter aus Kos in Naxos): hier gehen den *συλλύσεις* mehrfache Verhandlungen der Richter mit den Parteien voraus. — ³⁾ Gleichlautende Formel in Dekreten von Jasos (Mich. n. 468) und Kalymna (ebend. n. 417). — ⁴⁾ Im Streit zwischen Hierapytna und Itanos (Ditt. n. 929) wollen die Richter aus Magnesia nicht sofort *τῷ ἀκριβεῖ τῆς ψήφου βραβευθῆναι τὴν κρίσιν*, sie wollen die Parteien versöhnen, müssen dann aber doch zum Urteil schreiten *τῆς προθέσεως ἡμῶν μὴ τελειομένης*; ob hier *προθέσεις* ein Vergleichsvorschlag ist oder die Ansetzung einer Frist, innerhalb der sich die Parteien verständigen sollen, steht dahin. — ⁵⁾ S. die Dekrete von Kalymna (Mich. n. 417), wo von den 350 *δίκαι ἀπογραφεῖσθαι εἰς δικαστήριον* 10 *δίκαι εἰσαχθεῖσθαι εἰς δικαστήριον* durch Urteil entschieden werden (*κρίνειν διὰ ψήφου*), ähnlich C. I. Gr. 2139^b Z. 17ff. — ⁶⁾ Mich. n. 409; hierher wohl auch Ditt. n. 511. — ⁷⁾ Mich. n. 417; vgl. G. D. I. n. 5101.

in der Art, daß die fremden Richter erst dann als Richter *διὰ ψήφου* entscheiden, wenn die Parteien bei dem Spruche des Schiedsrichters sich nicht beruhigen; ein solches der *κρίσις ἐν τῷ ξενικῷ δικαστηρίῳ* vorgehendes *προδιαπᾶν* ist angeordnet in dem Gesetz von Ephesos (Ditt. n. 510 Z. 87).

6. In bezug auf die materielle Rechtsanwendung wird meist allgemein gesagt, daß die Richter „nach den Gesetzen“ urteilen; wo eine genauere Präzisierung erfolgt, ergibt sich, daß damit die Gesetze des Urteilsorts (nicht des Heimatorts des Richters) gemeint sind.¹⁾

7. Eine besondere Kategorie bilden die Fälle, wo sich in bezug auf die Richterbestellung zwischen das suchende Gemeinwesen und das gewährende Gemeinwesen eine dritte Instanz einschleibt: ein unterworfenen Gemeinwesen wird von dem Machthaber an ein anderes Gemeinwesen verwiesen; anstatt selbst irgend eine Entscheidung zu treffen oder einen Richter zu geben, bezeichnet der Machthaber ein anderes Gemeinwesen, an welches das Gesuch (*αἰτεῖν δικαστήριον*) zu richten sei. Solche Intervention findet sich in unseren Inschriften nachgewiesen für makedonische, seleukidische, ägyptische und römische Machthaber. Antigonos I²⁾ verweist das Richter suchende Kyme an Magnesia, Antiochos I³⁾ Bargylia an Teos, Ptolemaios II⁴⁾ Naxos an Kos, Kalymna an Jasos, Thera an Julis; auf römische Anordnung (des Historikers Tacitus⁵⁾ als Proconsul von Asia) geht wohl die Tätigkeit jonischer Richter in Mylasa zurück. — Eine genaue Beschreibung einer solchen Intervention gibt nur der Beschluß von Bargylia⁶⁾ (bei Mich. n. 459): Bargylia sendet mit der Bitte um einen

¹⁾ Mich. n. 239: Richter aus Megara urteilen in Orchomenos nach den Gesetzen von Orchomenos. Inschrift v. Priene n. 59: Richter aus Priene wenden in Laodikeia die Gesetze von Laodikeia an. — ²⁾ Mich. n. 510; über die Persönlichkeit und ihr Machtgebiet s. Niese, Gesch. d. griech. u. maked. Staaten I S. 275 ff. — ³⁾ Mich. n. 457; über Antiochos I Soter vgl. Niese a. a. O. II S. 71 ff.; in der Inschrift Bull. corr. hell. XXVIII S. 116 gibt der König anscheinend direkt Syros den Klazomenier Eumedes als *ἐπικριτής τῶν συμβολαίων*. — ⁴⁾ Mich. n. 409, 417; G. D. I. n. 4693; vgl. auch Bull. corr. hell. XXX S. 92 ff.; über Ptolemaios II Philadelphos vgl. Niese a. a. O. II S. 141 ff. — ⁵⁾ Ditt. Or. 487. — ⁶⁾ Mich. n. 457.

Richter zuerst Gesandte an König Antiochos I. und dann nach Teos; die Teier werden ersucht, *παραδιδόναι τὸν*¹⁾ *ἄνδρα καθότι ὁ βασιλεὺς ἐκέλευε*. Die Teier wollen gefügig sein (einen Gefallen erweisen, *χαρίζεσθαι*) dem König und der Stadt Baryglia und senden einen Richter. Dieser besorgt seine Aufgabe; davon wird — mit dem Ausdruck des Dankes — der entsendenden Stadt Teos, wie auch wiederum dem König Mitteilung gemacht, dem letzteren durch denselben Gesandten, wie bei der Erbitung des Richters; außer dem König wird auch ein Vertreter²⁾ des Königs, Alexandros, verständigt. — In diesen Fällen pflegt die Anordnung des Königs als *διάγραμμα* bezeichnet zu werden; es heißt dann von den Richtern, daß sie „gemäß den Gesetzen [des Urteilsorts] und gemäß dem *διάγραμμα* des Königs“ urteilen; da gleichbedeutend anderwärts³⁾ auch der Ausdruck *τὰ προσταχθέντα* vorkommt, so wird man darin eine königliche Anordnung⁴⁾ zu erblicken haben, die in der Beantwortung der Gesandtschaft liegt und vielleicht neben der Bezeichnung des zu ersuchenden Gemeinwesens eine Verweisung auf eine generelle Verordnung (über solche Richterbestellungen) enthält. Da es sich immer um eine größere Zahl von verschiedenartigen Streitigkeiten handelt, ist an ein der konkreten Streitigkeit angepasstes Schriftstück nach Art der römischen *formula* hier gewiß nicht zu denken.⁵⁾

¹⁾ Aus der Verwendung des bestimmten Artikels wird man nicht schließen dürfen, daß der König die Persönlichkeit ausgewählt habe.

— ²⁾ Er wird als „vom König zurückgelassen“ (*καταλειμμένος ὑπὸ τοῦ βασιλέως*) bezeichnet. — ³⁾ So in dem Beschluß von Naxos Mich. n. 409,

vgl. auch *προσάγματα βασιλέως* in C. I. Gr. 2139^b. — ⁴⁾ Da *διάγραμμα* sonst ein Verzeichnis oder eine Liste bedeutet, könnte man an eine Liste der zur Verhandlung bestimmten Prozesse denken und dabei auf die *ἀπογραφεῖσαι δίκαι* im Dekret von Kalymna (Mich. n. 417) und auf das *διαγράφειν* in dem Dekret von Amorgos (Ditt. n. 511) verweisen; die Verbindung mit den *νόμοι* scheint aber eher auf eine Verordnung hinzuweisen; vgl. über das Wort auch Sauppe, *Mysterieninschrift von Andania* S. 55. — ⁵⁾ Vgl. unten Kap. VI a. E.

VI. Berufung auswärtiger Richter zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen zwei Gemeinwesen.

Die bisherigen Erörterungen bezogen sich auf die Streitigkeiten Privater; von den Streitigkeiten der Gemeinwesen unter sich, und von den verschiedenen Arten ihrer gerichtlichen Erledigung soll hier nur in Kürze die Rede sein; ich beschränke mich darauf, auf einige Fragen hinzuweisen, deren Beantwortung durch neuere Funde gefördert worden ist.

1. Die Inschriften erhalten neben mancherlei anderem Material auch einige Staatsverträge, in denen zwei oder mehr ¹⁾ Gemeinwesen Abreden treffen über die gerichtliche Erledigung ihrer Streitigkeiten, einer einzelnen präsenten Streitigkeit oder aller zukünftigen Streitigkeiten.

a) Aus dem Kreis der zahlreichen Verträge, die nur auf die Erledigung einer einzelnen oder mehrerer einzelner bereits gegenwärtiger Streitigkeiten abzielen, seien die zwei Verträge hervorgehoben, durch die zwei kretische Städte, Lato und Olus, die Entscheidung ihres Streites einer dritten kretischen Stadt, Knossos, übertragen. In beiden Fällen — sie liegen zeitlich nicht weit auseinander — bietet sich die Stadt Knossos selbst den beiden streitenden Städten als Schiedsrichter an (*ἐπιτροπή*); während die eine Urkunde lediglich im Prinzip die Überlassung des Schiedsspruchs an die Stadt Knossos fixiert ²⁾, enthält die zweite Urkunde einen sehr ausführlichen, die Pflichten aller Beteiligten genau regelnden Schiedsvertrag, in dem namentlich auch mehrfache Fristbestimmungen auftreten. ³⁾

b) Die Verträge, in denen zwei Gemeinwesen schlechthin für die Zukunft die Erledigung ihrer Streitigkeiten ordnen ⁴⁾, sind erheblich weniger zahlreich; besonders wich-

¹⁾ Mehr als zwei Gemeinwesen erscheinen in der Inschrift IG. VII (= C. I. Gr. Sept. I) n. 4130; die Stadt Akraiphia liegt im Streit mit den benachbarten boiotischen Städten; sie sendet diesen anderen ein Schriftstück (*γραφτόν*), in dem sie schiedsrichterliche Erledigung durch ein von der — allen Parteien befreundeten — Stadt Larissa zu ernennendes Gericht vorschlägt; die anderen Parteien nehmen diesen schriftlichen Vorschlag an (*μετέχειν τοῦ γραπτῶς, συνθέμενοι γραπτόν*). —

²⁾ Bull. corr. hell. 1905 S. 204. — ³⁾ G. D. I. n. 5149. — ⁴⁾ Die einschlägigen

tig erscheinen die Verträge zwischen Lakedaimon und Argos¹⁾, Ephesos und Sardes²⁾, Hierapytna und Priansos³⁾ und der Vertrag zwischen vier Städten auf Lesbos (Mytilene, Methymna, Antissa und einer vierten Stadt)⁴⁾; in den zwei erstgenannten Verträgen verbinden sich mit den Bestimmungen über Streitigkeiten der Gemeinwesen selbst solche über Streitigkeiten ihrer Angehörigen.⁵⁾ — Auf solche Verträge weisen auch die Quellenbeispiele hin, wo zwei streitende Gemeinwesen Richter erhalten, gemäß den Gesetzen des Staatenbundes, dem sie angehören.⁶⁾

2. Die Bestellung des Gerichts erfolgt in diesen Verträgen auf verschiedene Weise. Es kommt — in Fällen der Kategorie 1^a — vor, daß die streitenden Gemeinwesen unmittelbar eine unparteiische Privatperson aus einem dritten Gemeinwesen als Schiedsrichter bezeichnen; so bezeichnen im Streit zwischen Theben und Halo die Abgeordneten beider Städte den Makon aus Larissa als Schiedsrichter (*διατητής*) und treffen mit ihm bestimmte Abreden über das Verfahren.⁷⁾ — In der Regel aber wird die Entscheidung einem dritten Gemeinwesen, *πόλις ἑκκλητος*, zugewiesen, dieses wird von den Parteien als das „richten werdende“ (*δῆμος κρινῶν*) ausgewählt. Dabei kann der Vertrag selbst dieses dritte Gemeinwesen jetzt mit Namen bezeichnen (so meist in den Fällen der Gruppe 1^a); er kann sich aber auch darauf beschränken, die Normen aufzustellen, gemäß welchen späterhin die Auswahl der Urteilsstadt erfolgen soll; dieser Auswahlmodus wiederum kann so vorgeschrieben sein, daß unter allen Umständen je für eine bestimmte Zeitperiode die Urteilsstadt durch die beiden Gemeinwesen bestellt⁸⁾ wird, oder so, daß die Auswahl erst dann erfolgen soll, wenn ein Bedürfnis eintritt, d. h. wenn Streit aus-

Bestimmungen erscheinen hier meist als ein Bestandteil eines umfassenden Staatsvertrages (Bündnis-, Freundschaftsvertrag).

¹⁾ Thukyd. V 59, 79. — ²⁾ Ditt. Or. n. 437. — ³⁾ G. D. I. n. 5040. — ⁴⁾ Bull. corr. hell. (1905) S. 212. — ⁵⁾ Vgl. meine Abhandlung über altgriech. Staatsverträge usw. S. 32. — ⁶⁾ S. u. S. 248. — ⁷⁾ Bull. corr. hell. XXV S. 347 ff. — ⁸⁾ Nach dem Vertrag von Hierapytna und Priansos sollen die Magistrate der beiden Städte je für ihre Amtsdauer gemeinschaftlich die dritte Stadt bezeichnen.

bricht. Eine besonders interessante Urkunde aus der letzt-erwähnten Kategorie enthält der Vertrag zwischen Ephesos und Sardes.¹⁾ —

Die Vertragsparteien bezeichnen den *δημος κρινῶν*, die urteilende Stadt; sie ersuchen nun diese Stadt, das „Gericht zu geben“ (*αἰτήσεις, δόσεις*²⁾ *δικαστηρίου*). Die Auswahl der Persönlichkeiten, wie die Fixierung der Zahl der Richter, steht bei dem *δημος κρινῶν*; da wo die Urteilsstadt selbst ihre Dienste anbietet, kann sie ihre Gesandten gleichzeitig als die Richterpersonen anbieten.³⁾ Die Zahl der Richter variiert beträchtlich: neben kleineren [1⁴⁾, 3⁵⁾, 5⁶⁾] finden sich größere Zahlen [101⁷⁾, 151⁸⁾, 301⁹⁾, 600¹⁰⁾]; durchschnittlich ergeben sich jedenfalls — was erklärlich — größere Ziffern als bei den für die Streitigkeiten Privater bestimmten *ξενικά δικαστήρια* (oben Kap. V S. 238).

In der Regel wird ein Gemeinwesen als *δημος κρινῶν* bezeichnet; es kommen aber auch hier kombinierte Gerichte vor; das Zusammenwirken der Gemeinwesen beruht hier meist darauf, daß diese Gemeinwesen einem Städtebund angehören.¹¹⁾

3. Das Verfahren vor dem *δημος κρινῶν* und den von diesem bestellten Richtern wird in einigen Verträgen festgelegt¹²⁾; in anderen Fällen ordnet es der *δημος κρινῶν* selbst.¹³⁾ Die Verhandlungen werden in der Regel in der Urteilsstadt abgehalten; dorthin entsenden die streitenden Städte ihre Vertreter (*ἐγδικοι*¹⁴⁾, *σύνδικοι*¹⁵⁾; bei Grenz-

¹⁾ S. o. S. 245 n. 2; vgl. meine Abhandlung über altgriech. Staatsverträge über Rechtshilfe S. 24. — ²⁾ Vertrag zwischen Ephesos und Sardes, Ditt. Or. n. 437 Z. 82. — ³⁾ So z. B. Pergamon im Streit zwischen Mytilene und Pitana (Ditt. Or. 335). — ⁴⁾ S. oben S. 245 n. 4. — ⁵⁾ Ditt. n. 453; IG. VII (= C. I. Gr. Sept. I) n. 4130. — ⁶⁾ G. D. I. n. 1432. — ⁷⁾ Ditt. n. 304. — ⁸⁾ Ditt. n. 452. — ⁹⁾ IG. XII 5 n. 128. — ¹⁰⁾ Ditt. n. 240. — ¹¹⁾ Bull. corr. hell. XXV 338ff. — C. I. Gr. 3598. G. D. I. 5493. — ¹²⁾ So der Vertrag zwischen Sardes und Ephesos (Ditt. Or. n. 437); vgl. dazu meinen Vortrag über die Bedeutung des altgriech. Rechts für die vergleich. R.-Wiss. (1906) S. 9. — ¹³⁾ So erläßt die Stadt Knidos im Prozeß zwischen Kalymna und Bürgern von Kos ein ganzes Prozeßreglement, vgl. Recueil d. inscr. jurid. grecq. I S. 158ff. — ¹⁴⁾ Inscr. v. Magnesia n. 93, Inscr. v. Priene n. 111 u. ö. Ditt. Or. n. 335. — ¹⁵⁾ Ditt. n. 304.

streitigkeiten kann dem Urteil eine Augenscheinsverhandlung auf dem streitigen Lokal vorausgehen¹⁾; in solchen Fällen begegnen dann auch hier *δικασταγωγοί* (s. o. S. 239).²⁾ Für die Parteivorträge (*δικαιολογεῖν*)³⁾ kann eine bestimmte Maximalzeitdauer fixiert werden.⁴⁾ Mehrmals enthalten die Verträge Fristbestimmungen: die Richter sollen innerhalb einer bestimmten Zeit⁵⁾ urteilen (*δικάζειν ἐν μηνί . . .*), z. B. in drei Monaten, 120 Tagen, 6 Monaten, 10 Monaten; die Parteien sollen innerhalb bestimmter Zeit Bürgen stellen⁶⁾ oder am Urteilsort erscheinen.⁷⁾

Die Aufgabe der Richter wird ähnlich aufgefaßt und normiert, wie bei den *ξενικά δικαστήρια*: sie sollen zunächst eine Verständigung der Parteien herbeizuführen versuchen (*συλλύειν*) und erst wenn dies mißlingt zur Urteilsfällung schreiten; der Versuch zu einer gütlichen Erledigung kann vom Gericht noch im letzten Stadium des Verfahrens, nach Schluß der Parteivorträge, gemacht oder wiederholt werden.⁸⁾

Inbezug auf das anzuwendende Recht fehlt es in unseren Inschriften an jeder Wegleitung; da wo die Bestimmungen über die Streiterledigung als Bestandteil eines weitergehenden Bündnisvertrages erscheinen⁹⁾, enthält dieser gelegentlich auch Anordnungen betr. Vereinheitlichung der Gesetzgebung (*κοινοὶ νόμοι*) der Vertragsstaaten.¹⁰⁾

Mit der Rechtskraft der Entscheidungen ist es eigenartig bestellt: die von einem Gemeinwesen entschiedene Streitigkeit wird mehrmals kurz nachher wieder einem anderen

¹⁾ Ditt. n. 453; G. D. I. n. 3758; Ditt. Or. n. 335; Bull. corr. hell. XXV S. 338 ff.; Inschr. v. Priene n. 37 und 42. — ²⁾ IG. VII (= C. I. Gr. Sept. I) n. 4130, vgl. auch die *δικαστοφυλακήσαντες ἄνδρες* in der Inschr. v. Magnesia n. 93. — ³⁾ G. D. I. 3758, 4547; Ditt. n. 928; Inschr. v. Priene n. 37 Z. 13, n. 111 Z. 126. — ⁴⁾ Ditt. n. 314; 929. — ⁵⁾ Beispiele: drei Monate (Ditt. Or. n. 335), 120 Tage (Inschr. v. Priene n. 27) sechs Monate (G. D. I. n. 5149), zehn Monate (Bull. corr. hell. 1905 S. 204). — ⁶⁾ Vertrag zwischen Lato und Olus. G. D. I. n. 5149. — ⁷⁾ Vertrag zwischen Ephesos und Sardes Ditt. Or. n. 437. — ⁸⁾ Ditt. n. 929 Z. 32 ff. — ⁹⁾ Bull. corr. hell. 1905 S. 212, vgl. Ditt. n. 177 und dazu meine Abhandlung über altgriech. Staatsverträge über Rechtshilfe S. 60 ff. — ¹⁰⁾ Ein Fall, wo zwei streitende Gemeinwesen ein drittes vermitteln- des Gemeinwesen um eine *νομογραφία* für die Zukunft ersuchen, IG. XII 1, 1031.

Gemeinwesen zur Entscheidung vorgelegt; mit den dem römischen Senat unterbreiteten Streitigkeiten zwischen Nartakion und Melitea haben sich drei Jahre vorher drei verschiedene fremde Gerichte (Samos, Kolophon, Magnesia) beschäftigt.¹⁾

4. In einigen Urkunden sind die streitenden Parteien in eine eigenartige Beziehung zu den Richtern gebracht. In dem Streit zwischen Oichalia(?) und Hypata entscheiden Richter (*δικασταί*) aus Erythrai, diesen werden die *προδικέοντες ὑπὲρ ἑκατέρας τῶν πόλιων*²⁾ gegenübergestellt; in dem von verschiedenen jonischen Städten zu entscheidenden Streit zwischen Milet und Myus werden *προδικασταί* von Milet erwähnt³⁾; auch in dem Vertrag zwischen Hierapytna und Priansos wird von einem *προδίκῳ χρῆσθαι* der Vertragsstädte gesprochen, das der Tätigkeit des dritten, zum Urteilen bestimmten Gemeinwesens gegenübergestellt⁴⁾ wird. Die Annahme, daß es sich hier um eine Vertretung⁵⁾ der Parteien, nicht um eine richterliche Tätigkeit handle, scheint mir immer noch die nächstliegende zu sein.⁶⁾

5. Bisher war nur von den Fällen die Rede, wo die streitenden Gemeinwesen selbst und unmittelbar den *δῆμος κρινῶν* bezeichneten. Es finden sich aber auch hier Fälle, wo sich zwischen die beiden streitenden Gemeinwesen und das dritte Gemeinwesen eine vierte Instanz einschiebt, die ihrerseits erst das dritte Gemeinwesen, den *δῆμος κρινῶν*, bezeichnet. Dies kommt zunächst da vor, wo die streitenden Gemeinwesen einem Städtebund angehören, nach dessen Ordnung der Bund den streitenden Gemeinwesen den *δῆμος κρινῶν* bezeichnet; so wird im Streit zwischen Korinth und Epidauros die Entscheidung nach den Bestimmungen des achaischen Bundes (*κατὰ τὸν αἶνον τὸν τῶν Ἀχαιῶν*) einer

¹⁾ Bull. corr. hell. VI S. 356 ff. — ²⁾ G. D. I. n. 1432. — ³⁾ G. D. I. n. 5493. — ⁴⁾ G. D. I. n. 5040. — ⁵⁾ Vgl. meine Abhandlung über altgriech. Staatsvertr. über Rechtshilfe (1907) S. 51 ff. — ⁶⁾ Die Feststellung, daß die *προδικέοντες* mit dem Entscheid der Richter einverstanden seien in G. D. I. 1432 ist zusammenzuhalten mit der leider verstümmelten Inschrift IG IX 1, 692, wo im Prozeß zwischen Korkyra und einem Privaten [*ἐκριναν*] οἱ δικασταὶ καὶ κοινοὶ(?) εὐδοκοῦ[μένων] αὐτοῖς καὶ ὑπὲρ τὸν πόλιν τῶν συν[δίκων] . . .].

dritten zum Bund gehörenden Stadt, Megara, übertragen¹⁾; ähnlich waren vielleicht die Bestimmungen im Verträge der lesbischen Städte (s. oben S. 245).²⁾

Ähnliche Verhältnisse ergeben sich da, wo die streitenden Gemeinwesen nicht unter sich verbündet sind, aber beide in mehr oder minder intensiver, bloß tatsächlicher oder auch rechtlicher Abhängigkeit von einem dritten Gemeinwesen sich befinden. Die Einmischung dieses übergeordneten Gemeinwesens kann darin bestehen, daß es sich selbst als *δῆμος κρινῶν* anbietet und oktroyiert³⁾, oder darin, daß es seinerseits ein anderes (viertes) Gemeinwesen als *δῆμος κρινῶν* bezeichnet, oder bei der Bezeichnung mitwirkt.

6. Zu der zweiten Kategorie gehören besonders⁴⁾ die verschiedenen Fälle, wo der römische Staat sich einmischt in die Entscheidung der Streitigkeiten griechischer Gemeinwesen. Lediglich von dieser Erscheinung, auf die in jüngster Zeit bereits J. Partsch⁵⁾ in anderem Zusammenhang hingewiesen hat, soll hier die Rede sein.

Die wichtigsten inschriftlich erhaltenen Dokumente beziehen sich auf Streitigkeiten zwischen den Gemeinden:

- a) Narthakion und Melitea.⁶⁾
- b) Magnesia und Priene.⁷⁾
- c) Priene und Milet.⁸⁾
- d) Priene und Samos.⁹⁾
- e) Lakedaimon und Messene.¹⁰⁾
- f) Itanos und Hierapytna.¹¹⁾

¹⁾ Ditt. n. 452. — ²⁾ Bull. corr. hell. 1905 S. 212; leider sind die einschlägigen Sätze arg verstümmelt; es scheint eine Stadt durch das Los bezeichnet zu werden, *λαχοῦσα πόλις*; vgl. dazu das Auslosen des *δῆμος κρινῶν* im Vertrag zwischen Ephesos und Sardes (Ditt. Or. n. 437) Z. 80. — ³⁾ So Pergamon im Streit zwischen Mytilene und Pitana (Ditt. Or. n. 335). — ⁴⁾ Eine besondere Art von Mitwirkung einer dritten Stadt (*δῆμος μεσιτεύων*) bei der Bestimmung der (vierten) urteilenden Stadt (*δῆμος κρινῶν*) zeigt der Vertrag zwischen Sardes und Ephesos vgl. oben S. 246 N. 1 und meinen Vortrag über die Bedeutung des altgriech. Rechts (1906) S. 9. — ⁵⁾ Josef Partsch, Die Schriftformel im römischen Provinzialprozeß (1905) S. 1—52. — ⁶⁾ Bull. corr. hell. VI S. 356 ff. — ⁷⁾ Ditt. n. 928 (Urteilsstadt: Mylasa). — ⁸⁾ Inschr. v. Priene n. 111 (Z. 143 ff.) u. 120 (Urteilsstadt: Sardes). — ⁹⁾ Inschr. v. Priene n. 43 (Name der Urteilsstadt fehlt). — ¹⁰⁾ Ditt. n. 314 (Urteilsstadt: Milet). — ¹¹⁾ Ditt. 929 (Urteilsstadt: Magnesia).

Dazu kommen noch Streitigkeiten zwischen:

g) Priene und römische Salinenpächter (*ἀλῶναι*).¹⁾

h) Athen und Techniten des Isthmos.²⁾

Die Urkunden stammen alle aus dem zweiten vorchristlichen Jahrhundert.³⁾ Während im ersten Falle (a) der Senat eine Intervention ablehnt mit der Begründung, es liege eine rechtskräftige Entscheidung eines römischen Beamten bereits vor⁴⁾, zeigen die anderen Fälle ein Eintreten des Senats. Das Verfahren ist folgendes: Die Parteien erscheinen im Senat und tragen ihre Angelegenheit vor. Der Senat erläßt kein Urteil, er faßt einen Beschluß (*δῶγμα τῆς συγκλήτου*); er beschließt, entweder der Sache überhaupt keine weitere Folge zu geben⁵⁾ oder er weist einen Magistrat an, die Entscheidung selbst zu treffen oder durch ein von ihm zu ernennendes Gemeinwesen treffen zu lassen. In der Regel geschieht das letztere.⁶⁾ Bei der Auswahl des *δήμος κοινῶν* soll der Magistrat Rücksicht nehmen auf die Wünsche der Parteien und ihnen, wenn sie sich auf eine Stadt einigen können, diese als Urteilsstadt geben; können sie sich nicht einigen, so ist er in seiner Wahl frei.⁷⁾ Von der vollzogenen Wahl macht der Magistrat den streitenden Städten sowie der gewählten Urteilsstadt Mitteilung (*ἐπιστολή*); zwischen den drei Städten vollzieht sich dann der oben S. 246 beschriebene offizielle Verkehr (*αἵτησις δικαστηρίου*, *δόσις*

¹⁾ Inschr. v. Priene n. 111 Z. 112 ff. (Urteilsstadt: Erythrai). — ²⁾ Ditt. n. 930. — ³⁾ Näheres bei den einzelnen Inschriften a. a. O. — ⁴⁾ *ὅσα κεκριμένα ἐστὶν κατὰ νόμους οὓς Τίτιος Κοϊγκκιος ὑπατος ἔδωκεν, ταῦτα, καθὼς κεκριμένα ἐστὶν, οὕτως δοκεῖ κύρια εἶναι δεῖν*, ähnlich in bezug auf einzelne Streitpunkte im Fall h. Ditt. n. 930: *ὁ σύμφωνον γεγονὸς ἐστὶ — σύμφωνον ἐστάναι ἔδοξεν*. — ⁵⁾ S. oben Anm. 4. — ⁶⁾ Das erstere findet sich im Fall h (Ditt. n. 930), wo es sich freilich nicht um zwei Gemeinwesen handelt. Bezüglich einiger Streitpunkte wird beschlossen: *περὶ δὲ χρημάτων δημοσίων ἢ κοινῶν περὶ ὧν λόγους ἐποιήσαντο, ὅπως πρὸς Μάρκον Λεῖβιον ὑπατον προσέλθωσιν, οὕτως τε ἐπιγνώϊ ἐπικρίνηι οὕτως καθὼς αὐτῷ ἐκ τῶν δημοσίων πραγμάτων πίστεώς τε ἰδίας φαίνεται ἔδοξεν*. — ⁷⁾ Im Senatsbeschuß des Falles b (Ditt. n. 928 Z. 47 ff.): *ὅπως στρατηγὸς δῆμον ἐλεύθερον κορινθὴν δῶι, ὅς ἂν ἐν αὐτοῖς ὁμόλογος γενήθῃ. ἐὰν δὲ ἐν αὐτοῖς ὁμόλογος μὴ γένηται, ὅπως . . δῆμον ἐλεύθερον κορινθὴν δῶι εἰς τούτους τοὺς λόγους οὕτως, καθὼς ἂν αὐτῷ ἐκ τῶν δημοσίων πραγμάτων πίστεώς τε τῆς ἰδίας φαίνεται*; Schlußsatz wie oben Anm. 6.

δικαστηρίου) gerade so, wie wenn die Intervention des römischen Senats nicht erfolgt wäre.

Die Auswahl der richtenden Personen besorgt ausschließlich der *δῆμος κοινῶν*; die Parteien erscheinen zur Bildung des Gerichtshofs in der Urteilsstadt, wenn die Verhandlungen unmittelbar nach der Konstituierung des Gerichts dort stattfinden¹⁾; da wo eine Augenscheinsverhandlung nötig ist, wird das Gericht zu den Parteien gesandt.²⁾ Der Tag für die Verhandlung wird durch die Parteien bestimmt.³⁾

Bei all dieser Einmischung der römischen Behörden rückt in der Formulierung unserer Urkunden der Beschluß des Senates (*δόγμα τῆς συγκλήτου*) in den Vordergrund; die kürzer gefaßten Berichte (n. c, d, h) erwähnen nur diesen. Der Wortlaut der überlieferten Senatsbeschlüsse zeigt — auch wo die weitere Erledigung dem Magistrat bzg. dem von ihm zu ernennenden Gemeinwesen überlassen wird — ein kurzes Eingehen auf die Vorbringen der Partei und eine Direktive für die richterliche Entscheidung; im besonderen wird bei Gebietsstreitigkeiten ein bestimmter Zeitpunkt angegeben, dessen Besitzstand entscheiden soll⁴⁾; ebenso wird bei widerrechtlichen Schädigungen allgemein der Satz aufgestellt, daß der Schuldige zur Zahlung einer vom Gericht zu ermittelnden Geldleistung angehalten werden soll.⁵⁾ Diese Formulierungen dienen dann dem Gericht als Präzisierung seiner Aufgabe; die einzelne Streitsache⁶⁾ wird vom Gericht mit der vom Senat gegebenen Formulierung bezeichnet.

J. Partsch hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß diese Streitformulierungen des Senats anklingen an den Wortlaut römischer Formeln, besonders an das inter-

¹⁾ Ditt. n. 929 (Fall f) S. 775. — ²⁾ Ditt. n. 928 (Fall b). — ³⁾ Ditt. n. 929 (Fall f): *ἐποιήσαντο τὴν αἵρεσιν τοῦ δικαστηρίου ἐν τῇ ὕπ' ἐκατέρων γεννηθείσῃ ὁμολόγῳ ἡμέρᾳ*; Ditt. n. 314 (Fall e) *ἐν τῇ προειρημένῃ ἡμέρᾳ καθότι . . . συνωμολόγησαντο*. — ⁴⁾ Vgl. die Fälle b, e, f mit den Bemerkungen von Partsch; dazu auch die Ausführungen im Senatsbeschluß des Falles a. — ⁵⁾ Ditt. 928: *περὶ ἀδικημάτων δῆμον ὅς κρινεῖ ταῦτα ἀδικήματα. εἰ γεγονότα εἰσὶν ὑπὸ Μαγνήτων, ὅσον ἂν καλὸν καὶ δίκαιον φαίνεται, διατιμησάσθω*. — ⁶⁾ Vgl. die Wendung: *ἀμφιλογία Λακεδαιμονίοις καὶ Μεσσηνίοις, ὁπότεροι . . . ὅπως οὗτοι οὕτως . . .* Ditt. n. 314 Z. 51.

dictum uti posseditis und die actio injuriarum; er sieht in dem oben beschriebenen völkerrechtlichen Verfahren eine wesentliche Ähnlichkeit mit dem römischen Formularverfahren und hält eine „Nachbildung des stadtrömischen Verfahrens in dem Nebeneinander von jussus und judicium für wahrscheinlich“. Ich möchte nicht so weit gehen. Zunächst: die senatorischen Formeln scheinen mir inhaltlich doch mehr nur allgemeine, ich möchte sagen politische Direktiven für die richterliche Entscheidung zu geben (Aufstellung eines Normaljahres, Statuierung einer Entschädigungspflicht).¹⁾ Und weiter: es fehlt doch noch allzu sehr an weiteren Momenten, die für eine eigentliche Nachbildung sprechen. Ich möchte hier nicht urgieren, daß in der Überlieferung die magistratische Anordnung zurücktritt hinter dem Senatsbeschluß und daß schließlich die eigentliche *δόσις δικαστηρίου*²⁾ doch nicht in der Ernennung des *δημος κρινῶν*, sondern erst in der Auswahl der Richterpersonen durch den letzteren zu suchen ist.³⁾ Aber es fehlt m. E. doch etwas, was einem eigentlichen jussus, einem *judicare jubere*, ganz gleichkäme. Gerade in dieser Richtung will Partsch m. E. mehr aus den Quellen herauslesen als in diesen steht: es fehlt an einem Beweis dafür, daß der Magistrat „zu dem von ihm angesetzten Termin die Parteien zur mündlichen Verhandlung vorlade“⁴⁾; und ebenso vermisse ich den Beweis dafür, daß der Prätor den Formelinhalt vom Senat vorgezeichnet erhielt und dann *judicem in ea verba* zu geben hatte.⁵⁾ In bezug auf den ersten Punkt ist zu bemerken, daß der Verhandlungstermin als ein von den Parteien vereinbarter bezeichnet wird⁶⁾; in bezug auf den

¹⁾ Die Vergleichung der Anordnungen oben (S. 251 N. 5) mit der römischen actio injuriarum ist nicht zwingend, weil *ἀδίκημα* doch kein technischer Ausdruck ist, sondern wie *ἀδικεῖν*, *ἀδικία* für das Unrecht schlechthin verwendet wird. — ²⁾ Besonders deutlich unterscheidet diese beiden Dinge der Vertrag zwischen Ephesos und Sardes (Ditt. Or. n. 437). — ³⁾ So daß eigentlich ein zweifaches *judicare jubere* vorliegen würde: der Magistrat befiehlt dem *δημος κρινῶν*, dieser den von ihm gewählten Bürgern. — ⁴⁾ Partsch a. a. O. S. 29. — ⁵⁾ Partsch a. a. O. S. 30, 31. — ⁶⁾ Vgl. oben S. 251 N. 3; wenn es in dem Streit zwischen Lakeldaimon und Messene heißt, die Auswahl der Richter sei in Milet am 393ten Tag nach dem Senatsbeschluß erfolgt, so ist

zweiten, daß die *λόγοι*, mit bezug auf welche der Magistrat den Richter gibt, nur die *λόγοι* der Parteien sein können, nicht die Worte des Senates selbst¹⁾; gemeint ist auch hier nur — allgemein — die Bezeichnung des Streitpunktes.

Daß es sich hier um eine Erscheinung handelt, bei der sich römische und griechische Einrichtungen kreuzen, liegt auf der Hand; es scheint mir aber doch richtiger, hier von den griechischen Einrichtungen auszugehen, im besonderen von der Sitte, Streitigkeiten einem fremden Gericht zur Erledigung vorzulegen²⁾; lagen zwei Gemeinwesen im Streit und konnten sie sich nicht über die Bestimmung des dritten verständigen, so lag es nahe, einem übergeordneten Gemeinwesen die Auswahl des *δῆμος κρινῶν* zu überlassen, besonders da bei dieser Ordnung gleichzeitig auch auf den ausgewählten *δῆμος κρινῶν* ein Druck ausgeübt wurde.³⁾

Immerhin möchte ich auch diese Frage, wie manch andere der hier erörterten, nicht zu den erledigten rechnen; es ist zu hoffen, daß auch hier weitere Funde helleres Licht zu verbreiten vermögen.⁴⁾

keineswegs gesagt, daß dieser Termin im Senatsbeschluß oder im Schreiben des Magistrats genannt gewesen sei; dagegen wird ausdrücklich der Termin bezeichnet als ein solcher, über den sich die Parteien geeinigt haben.

¹⁾ In der Wortverbindung *κριτὴν διδόναι εἰς τούτους τοὺς λόγους* wird mit *λόγοι* verwiesen auf das unmittelbar vorhergehende *λόγους ποιῆσθαι* der Parteien. — ²⁾ Die Erscheinung muß durchaus mit dem *ξενικὸν δικαστήριον* des Kap. V und mit den dort (s. S. 251) auftretenden Interventionen in Zusammenhang gebracht werden. — ³⁾ Ditt. n. 928 (Fall b): *Μυλασεῖς — βουλόμενοι κατακολουθεῖν τοῖς τε ὑπὸ Ῥωμαίων καὶ ὑφ' ἡμῶν δεδογματισμένοις . . .* (Z. 6). — ⁴⁾ Die Arbeit von Hermann Rudorff über die Rechtsstellung der Gäste im mittelalterlichen städtischen Prozeß, 1907 (Gierkes Untersuchungen Bd. 88), die mir erst während des Druckes dieses Aufsatzes zu Gesicht gekommen ist, weist für das deutsche Recht Erscheinungen nach, die Ähnlichkeit mit den hier besprochenen griechischen Institutionen zeigen; ich verweise im besonderen auf die prinzipielle Unterscheidung zwischen Bürger, Mitwohner und Gast (Rudorff S. 1ff., vgl. o. S. 212ff.) und auf die Behandlung des Personalarrests (Rudorff S. 86ff., vgl. oben S. 230).